

Inhaltsübersicht

Vorwort	5
Autorenverzeichnis	7
Musterverzeichnis	9
Allgemeines Literaturverzeichnis	11
Inhaltsübersicht	13
Inhaltsverzeichnis	17
§ 1 Einführung	59
A. Bedeutung des Familienvermögensrechts	59
B. Das Mandat zum Familienvermögensrecht	60
C. Das Drei-Stufen-Modell	72
D. Das Sondervermögen – Abgrenzungen	73
E. Verbot der Doppelberücksichtigung	74
F. Die Schlüsselgewalt oder die Geschäfte des täglichen Lebensbedarfs, § 1357 BGB	80
G. Die familienrechtliche Überlagerung des Schuldverhältnisses	82
H. Das Vermögen des Kindes (Vermögenssorge)	83
I. Schnittstellen zum Unterhaltsrecht	84
J. Schnittstellen zum Erbrecht	108
K. Schnittstellen zum Arbeitsrecht	131
L. Schnittstellen zum Bankenrecht	137
§ 2 Vertragsgestaltung im Güterrecht	165
A. Allgemeine Grundsätze	165
B. Vereinbarungen zu Beginn der Ehe	189
C. Trennungs- und Scheidungsfolgenvereinbarungen	219
§ 3 Nebengüterrecht	235
A. Aufteilung von Finanzanlagen	235
B. Gesamtschuldnerausgleich (§ 426 BGB)	246
C. Gesamtgläubigerausgleich unter Ehegatten, § 430 BGB	306
D. Gesellschaftsrecht	337
E. Gemeinschaftsrecht inklusive Teilungsversteigerung	376
F. Auftragsrecht	426
G. Vermögensverwaltung und Treuhand	432
H. Schenkungen/Zuwendungen Ehegatten	436
I. Darlehen, Mithaftungsübernahme, Bürgschaft	439
J. Schadenersatzansprüche der Ehegatten untereinander	451
K. Sonstige Ansprüche der Ehegatten gegeneinander	461

§ 4 Güterstände	467
A. Gesetzliches Güterrecht (Zugewinngemeinschaft, §§ 1363 ff. BGB)	467
B. Vertragliches Güterrecht	696
§ 5 Ausgleichsmechanismen (§ 242/§ 313 BGB)	781
A. Grundsatz	781
B. Ehebezogene/gemeinschaftsbezogene Zuwendungen	783
C. Ausgleich ehebezogener Zuwendungen	785
D. Ausgleich von Arbeitsleistungen/familienrechtlicher Kooperationsvertrag	796
§ 6 Vermögensauseinandersetzung unter Lebenspartnern	801
A. Einführung	801
B. Gesetzlicher Güterstand	801
C. Sonstige Ausgleichs- und Rückgewähransprüche	803
D. Auseinandersetzung von Miteigentum	804
E. Verfahren	805
§ 7 Vermögensauseinandersetzung zwischen Schwiegereltern und Schwiegerkindern	807
A. Einführung	807
B. Zuwendungen von Schwiegereltern an Schwiegerkinder	807
C. Zuwendungen von Eltern an das Kind, das wiederum an das Schwiegerkind weiter zuwendet (Kettenschenkung)	835
D. Zuwendungen von Schwiegerkind an Schwiegereltern	839
§ 8 Familienvermögensrecht im IPR	851
A. Allgemeines und Rechtsquellen	851
B. Begriffliches und Abgrenzungen	853
C. Gerichtliche Verfahren	861
D. Außergerichtliche Tätigkeit	863
E. Résumé	865
§ 9 Gegenstandswerte, Vergütung und Kosten im Familienvermögensrecht	867
A. Allgemeiner Teil	867
B. Besonderer Teil	892
§ 10 Familienvermögensrecht und Insolvenz	899
A. Einleitung	899
B. Insolvenzanträge von Privatpersonen	899
§ 11 Vermögensbezogenes Steuerrecht	929
A. Vorbemerkungen	929
B. Gesetzlicher Güterstand (Zugewinngemeinschaft, §§ 1363 ff. BGB)	929
C. Vertragsgüterstände	951

D. Problematik der zinslosen Stundung	954
E. Steuerpflichtige Vermögensverschiebungen zwischen Ehegatten	956
F. Wohnungsförderung bei Ehegatten	961

**§ 12 Verfahren in familienvermögensrechtlichen Streitigkeiten
einschließlich der Gewaltschutzsachen** 963

A. Familiensachen als Verfahrensart der ordentlichen Gerichtsbarkeit	963
B. Güterrechts- und sonstige Familiensachen sowie Gewaltschutzsachen als Familiensachen.	964
C. Familienstreitsachen und privatrechtliche Streitsachen der freiwilligen Gerichtsbarkeit ...	975
D. Das Verfahren in Familienstreitsachen	977
E. Das Verfahren in privatrechtlichen Streitsachen der freiwilligen Gerichtsbarkeit	1018
F. Erfasste Ansprüche und Rechte-Kasuistik	1019
Stichwortverzeichnis	1031

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	
Autorenverzeichnis	7
Musterverzeichnis	9
Allgemeines Literaturverzeichnis	11
Inhaltsübersicht	13
Inhaltsverzeichnis	17
§ 1 Einführung	59
A. Bedeutung des Familienvermögensrechts	59
B. Das Mandat zum Familienvermögensrecht	60
I. Einführung	60
1. Anbahnung des Mandats	60
2. Informationserfassung	61
3. Umfang und Ziel des Mandats	61
4. Kostentransparenz	62
a) Vergütungsvereinbarung	62
b) Abrechnung nach dem Rechtsanwaltsvergütungsgesetz	63
c) Beratungs- und Verfahrenskostenhilfe	63
aa) Beratungshilfe	64
bb) Verfahrenskostenhilfe	65
5. Grundpflichten des Rechtsanwalts	65
a) Sprachstil	65
b) Interessenkollision	65
aa) Gemeinsame Beratung von Eheleuten in ihrer Trennungs- oder Scheidungsangelegenheit	66
bb) Gebührenrechtliche Konsequenzen	67
II. Anwaltshaftung	67
1. Voraussetzungen der Anwaltshaftung	67
2. Haftung des Anwalts im Lichte der Rechtsprechung des BGH und der Instanzgerichte	67
3. Verschärfte Haftung des Fachanwalts für Familienrecht	69
4. Organisationsverschulden/Fristenkontrolle durch Rechtsanwalt	70
5. Verjährung bei Schadensersatz wegen anwaltlicher Falschberatung	71
6. Haftungsbegrenzung, § 51 BRAO	72
C. Das Drei-Stufen-Modell	72
I. Die drei Systeme des Familienvermögensrechts	72
II. Der Drei-Stufen-Mechanismus der Gesamtvermögensregelung	73
1. 1. Stufe: Ausgleich im Nebengüterrecht	73
2. 2. Stufe: Ausgleich innerhalb des ehelichen Güterrechts	73
3. 3. Stufe: Billigkeitskorrekturen	73
D. Das Sondervermögen – Abgrenzungen	73

E. Verbot der Doppelberücksichtigung	74
I. Grundsatz	74
II. Das Verbot der Doppelverwertung	75
III. Die doppelte Teilhabe an einer Vermögensposition	75
1. Die Doppelberücksichtigung von Aktivposten	75
2. Einzelne Aktivposten und das Doppelverwertungsverbot	76
a) Abfindung	76
b) Unternehmen, Unternehmensbeteiligungen, freiberufliche Praxen	76
3. Die Doppelberücksichtigung von Passivposten	77
a) Gesamtschuld bei Unterhaltsberechnung und sich anschließender güterrechtlicher Auseinandersetzung	78
b) Gesamtschuld bei güterrechtlicher Auseinandersetzung und sich anschließender Unterhaltsberechnung	78
4. Beispielrechnung zur Veranschaulichung der Auswirkung	79
F. Die Schlüsselgewalt oder die Geschäfte des täglichen Lebensbedarfs, § 1357 BGB	80
I. Grundsätzliches	80
II. Voraussetzung für ein Geschäft zur Deckung des Lebensbedarfs	81
1. Ehe	81
2. Nicht getrennt lebend, § 1357 Abs. 3 BGB	81
3. Geschäft zur Deckung des Lebensbedarfs	81
a) Der Bezug zur Familie	81
b) Die angemessene Bedarfsdeckung	82
III. Wirkungen	82
IV. Beschränkung und Ausschluss	82
G. Die familienrechtliche Überlagerung des Schuldverhältnisses	82
H. Das Vermögen des Kindes (Vermögenssorge)	83
I. Schnittstellen zum Unterhaltsrecht	84
I. Wohnvorteile	84
1. Allgemeines	84
2. Bestimmung des Wohnwerts	84
a) Auswirkungen beim Ehegattenunterhalt	84
b) Auswirkungen beim Verwandtenunterhalt	87
3. Kreditbelastungen und sonstige Hauslasten	87
a) Zins- und Tilgungsleistungen	87
b) Nebenkosten und Instandhaltungskosten	89
4. Wohnwert und Nutzungschädigung	89
II. Zugewinngemeinschaft und Unterhalt	90
1. Gesamtschuld und Unterhalt	90
a) Verhältnis Gesamtschuld zum Unterhalt	90
aa) Schuldenabzug in der Unterhaltsbemessung	90
bb) Restausgleich Gesamtschuld nach Abzug beim Unterhalt	90
cc) Keine Geltendmachung von Unterhalt	92
b) Verhältnis Gesamtschuld zum Güterrecht	93
2. Unterhaltsansprüche in der güterrechtlichen Bilanz	95
III. Gütergemeinschaft und Unterhalt	97
1. Trennungunterhalt innerhalb der Gütergemeinschaft	97
2. Nachehelicher Unterhalt innerhalb der Gütergemeinschaft	99
3. Kindesunterhalt im Rahmen der Gütergemeinschaft	100

IV. Verbot der Doppelberücksichtigung	101
1. Grundsatz	101
2. Das Verbot der Doppelverwertung	102
3. Doppelte Teilhabe an einer Vermögensposition	102
a) Doppelberücksichtigung von Aktivposten	102
b) Einzelne Aktivposten und Doppelverwertungsverbot	103
aa) Abfindung	103
bb) Unternehmen, Unternehmensbeteiligungen, freiberufliche Praxen	104
c) Doppelberücksichtigung von Passivposten	105
aa) Gesamtschuld bei Unterhaltsberechnung und sich anschließender güterrechtlicher Auseinandersetzung	105
bb) Gesamtschuld bei güterrechtlicher Auseinandersetzung und sich an- schließender Unterhaltsberechnung	106
d) Beispielrechnung zur Veranschaulichung der Auswirkungen	107
aa) Unterhaltsanspruch der F ab Rechtshängigkeit der Scheidung	107
bb) Zugewinnausgleich Variante 1	107
cc) Zugewinnausgleich Variante 2	107
dd) Zugewinnausgleich Variante 3	108
J. Schnittstellen zum Erbrecht	108
I. Erbrecht des Ehegatten	108
1. Grundsätzliches	108
2. Gesetzliches Erbrecht	109
a) Bestehen einer wirksamen Ehe	110
b) Nicht- oder Scheinehe und Doppelhehe	110
c) Ausschluss des Ehegattenerbrechtes trotz bestehender Ehe	111
aa) Formelle Voraussetzungen des Scheidungsantrages	111
(1) Rechtshängigkeit des Antrages	112
(2) Angabe über die Einigung zu den Folgeansprüchen für Scheidungsverfahren bis zum 31.8.2009	112
(3) Angabe über die Einigung zu den Folgeansprüchen für Scheidungsverfahren ab dem 1.9.2009	113
bb) Zustimmung des Ehegatten	113
cc) Rücknahme des Scheidungsantrages	113
dd) Abweisung des Scheidungsantrages	114
ee) Materielle Voraussetzungen des Scheidungsverfahrens	114
ff) Aufhebungsverfahren	114
gg) Rechtsfolgen des § 1933 BGB	114
d) Erbquote nach § 1931 BGB	115
3. Prüfung des maßgeblichen Güterstandes	116
4. Quote nach § 1934 BGB	119
II. Das Voraus nach § 1932 BGB	119
III. Ansprüche aus § 1371 BGB	120
1. § 1371 Abs. 1 BGB	121
2. Anspruch aus § 1371 Abs. 2 BGB	121
3. Anspruch aus § 1371 Abs. 3 BGB	122
4. Anspruch aus § 1371 Abs. 4 BGB	122
IV. Pflichtteilsanspruch des Ehegatten	123
V. Ehegattenunterhalt als Nachlassverbindlichkeit	124

VI. Fortbestand letztwilliger Verfügungen	125
1. Testament	126
2. Gemeinschaftliches Testament	127
3. Erbvertrag	129
VII. Erbschaftsteuern	130
VIII. Erbrecht des Ehegatten nach dem gewöhnlichen Aufenthaltsort	130
K. Schnittstellen zum Arbeitsrecht	131
I. Grundsatz	131
II. Schnittstellen außerhalb des Familienvermögensrechtes	131
1. Beschäftigungsverbot/Arbeitsunfähigkeit	131
2. Auskunftspflichtung des Arbeitgebers	131
3. Gehaltsermittlung	132
III. Schnittstellen Arbeitsrecht/Familienvermögensrecht	132
1. Grundsatz	132
2. Abfindung	132
a) Ausgangslage	132
b) Rechtliche Grundlage	132
c) Abfindungshöhe	133
d) Pauschaler Ausgleich/Steuerliche Aspekte	133
e) Scheinabfindungen	134
f) Familienrechtliche Einordnung	134
g) Berücksichtigung im Anfangsvermögen	135
aa) Sozialplanabfindung im Anfangsvermögen	135
bb) Abfindung und Unterhaltsansprüche im Anfangsvermögen	136
3. Ehegattenarbeitsverhältnis	136
a) Grundsatz	136
b) Offensichtliches Scheinarbeitsverhältnis	136
c) Maßstab Fremdvergleich	136
d) Beendigung	137
IV. Fazit	137
L. Schnittstellen zum Bankenrecht	137
I. Einführung	137
II. Finanzierbarkeit (Grundlagen der Immobilienfinanzierung)	139
1. Immobilienwert	139
a) Vergleichswertverfahren (§ 19 BelWertV) und Sachwertverfahren (§§ 14–16 BelWertV)	139
b) Ertragswertverfahren (§§ 8 ff. BelWertV)	141
c) Deckungsfähiger Betrag einer Immobilienfinanzierung	143
2. Bonität	144
3. Auskunftswesen	151
III. Entlassung des anderen Ehepartners aus dem Darlehensvertrag	152
IV. Die Finanzierungsübernahme durch einen Ehegatten wird von der Bank verweigert: Mögliche Maßnahmen	155
1. Ablösung	155
2. Vorfälligkeitsentschädigung	156
a) Aktiv/Passiv-Methode	157
b) Aktiv/Aktiv-Methode	157
3. Schuldbeitritt	157

V. Neufinanzierung einer Abfindung durch einen Ehegatten bei bisher unbelasteten bzw. gering belasteten Immobilien und zur Kapitalbeschaffung zur Finanzierung des sonstigen Zugewinnausgleichs	158
VI. Schuldbeitritt eines neuen Partners oder einer sonstigen Person	158
VII. Bankentgelte	161
VIII. Probleme im Teilungsversteigerungsverfahren (§§ 180 ff. ZVG) bei eingetragenen Grundschulden	162

§ 2 Vertragsgestaltung im Güterrecht 165

A. Allgemeine Grundsätze	165
I. Einleitung	165
II. Gegenstand	165
1. Ehevertrag	165
2. Trennungs-/Scheidungsfolgenvereinbarung	166
III. Formerfordernisse	167
1. Ehevertrag	167
2. Trennungs-/Scheidungsfolgenvereinbarung	167
IV. Die Rolle des Notars	168
1. Grundsätze	168
2. Sachverhaltsaufklärung	169
3. Belehrungspflicht	169
4. Ausländisches Recht	170
5. Nachweis von Belehrungen	171
6. Notargebühren	172
7. Tätigkeitsbeschränkungen des Notars	172
a) Sachliche Beschränkung	172
b) Verwandtschaft und Schwägerschaft	173
V. Die Rolle des Rechtsanwalts	175
1. Vorbemerkung	175
2. Die Grundsätze der Haftung	175
3. Die Pflichten aus dem Anwaltsvertrag	176
VI. Die Grenzen der Vertragsgestaltung	178
1. Schutz vor unangemessener Benachteiligung	178
2. Die Kernbereichslehre des BGH	179
3. Die Vertragskontrolle im Güterrecht	183
a) Wirksamkeit bei Vertragsschluss	183
b) Änderung der Verhältnisse	183
c) Sittenwidrigkeit höherrangiger Rechte	184
d) Kompensation durch Zugewinnausgleich	185
e) Allgemeine Erwägungen in der Rechtsprechung	185
VII. Eintragung in das Güterrechtsregister	186
VIII. Salvatorische Klausel	187
B. Vereinbarungen zu Beginn der Ehe	189
I. Regelungen im Rahmen des gesetzlichen Güterstandes	189
1. Die Eigentumsvermutung, § 1362 BGB	189
2. Verfügungsbeschränkungen, §§ 1365, 1369 BGB	190
3. Beschränkung und Ausschluss von Geschäften, § 1357 BGB	191
4. Haushaltsführung und ehelicher Zugewinn	192

II. Die Gütertrennung	193
1. Vereinbarung der Gütertrennung	193
2. Aufhebung der Gütertrennung	195
III. Sonderfall: Die Güterstandsschaukel	196
IV. Die Modifizierung des gesetzlichen Güterstandes	198
1. Ausschluss des Zugewinns für den Fall der Scheidung	198
a) Ausschluss bei Rechtskraft der Scheidung	198
b) Ausschluss bei Scheitern der Ehe	199
aa) Formelle Voraussetzungen nach § 1933 BGB	200
bb) Materielle Voraussetzung: Scheitern der Ehe	201
cc) Rechtsfolgen	202
2. Auflösend bedingter Ausschluss des Zugewinns	203
3. Herausnahme von Vermögensgegenständen aus dem Zugewinnausgleich	204
a) Unternehmensbeteiligungen	205
b) Erbschaft, Schenkungen	208
4. Vereinbarungen zur Bewertung des Vermögens	209
a) Bewertung des Anfangsvermögens	210
b) Bewertung des Endvermögens	210
c) Pauschalierung und Höchstbetrag des Zugewinnausgleichs	211
d) Vereinbarung zur Fälligkeit des Anspruchs auf Zugewinnausgleich	213
5. Die Ehegatteninnengesellschaft	214
V. Die Gütergemeinschaft	215
VI. Die Ausländerehe	217
C. Trennungs- und Scheidungsfolgenvereinbarungen	219
I. Grundsätze einer Regelung bei Trennung und Scheidung	219
II. Trennungsvereinbarungen	221
III. Zugewinn und sonstige Folgen einer Ehescheidung	222
1. Verzicht auf Zugewinnausgleich	222
2. Modifizierung und Teilverzicht	223
a) Zugewinn und Unterhaltsverzicht	223
b) Unterhalt und Güterrechtsverzicht	227
c) Zugewinn und Verzicht auf Versorgungsausgleich	228
d) Zugewinn und sonstiger Verzicht	231
e) Verrechnungen	231
IV. Nichtdurchführung der Scheidung	232
1. Versöhnung der Eheleute	232
2. Erschwerung der Scheidung	233
§ 3 Nebengüterrecht	235
A. Aufteilung von Finanzanlagen	235
I. Girokonten	235
1. Einzelkonten	235
a) Verfügungsberechtigung im Außenverhältnis	235
b) Mitberechtigung durch Bruchteilsgemeinschaft	235
aa) Vereinbarung	235
bb) Auseinandersetzung	236
cc) Auszahlungsanspruch	236

dd) Verhältnis zum Zugewinnausgleich	236
ee) Abgrenzung	237
c) Exkurs: Ansprüche bei Bevollmächtigung des Ehegatten durch den Kontoinhaber	237
aa) Außenverhältnis zur Bank	237
bb) Innenverhältnis der Ehegatten	238
(1) Kausalverhältnis	238
(2) Vor der Trennung	238
(3) Nach der Trennung	238
cc) Vollmachtsmissbrauch	239
2. Gemeinschaftskonten	239
a) Und-Konto	239
b) Oder-Konto	239
aa) Verfügungsberechtigung im Außenverhältnis	239
bb) Mitberechtigung der Ehegatten im Innenverhältnis	240
(1) Bei intakter Ehe	240
(2) Zum Trennungszeitpunkt	240
(3) Veränderungen des Guthabens nach dem Trennungszeitpunkt	240
cc) Ausgleichs- und Schadenersatzansprüche	241
dd) Verhältnis zum Zugewinnausgleich	241
II. Sparkonten und Sparbücher	242
III. Bausparverträge	242
IV. Wertpapiere	243
1. Dingliche Berechtigung	243
2. Aufteilung	244
3. Besonderheiten bei Depotverwahrung	244
a) Sonderdepot	244
b) Sammeldepot	244
aa) Einzeldepot	245
bb) Gemeinschaftsdepot	245
(1) Und-Depotkonto	245
(2) Oder-Depotkonto	245
4. Ausgleichs- und Schadenersatzansprüche	246
V. Andere Vermögensanlagen	246
B. Gesamtschuldnerausgleich (§ 426 BGB)	246
I. Allgemeines zur gesamtschuldnerischen Haftung von Ehegatten nach §§ 421 – 426 BGB	247
1. Entstehung der gesamtschuldnerischen Haftung	247
a) Entstehung der gesamtschuldnerischen Haftung durch Vertrag	247
b) Entstehung gesamtschuldnerischer Haftung durch gesetzliche Tatbestände	248
c) Rechtsfolge der gesamtschuldnerischen Haftung	248
2. Tatbestandliche Voraussetzungen der gesamtschuldnerischen Haftung	248
a) Mehrere Schuldner	248
b) Leistungsidentität	248
c) Jeder die ganze Leistung	248
d) Einmalige Forderung	249
e) Gleichstufigkeit der Haftung	249

3. Tatbestände mit Gesamt- bzw. Einzelwirkung (§§ 422 – 425 BGB)	249
a) Gesamtwirkung	249
b) Einzelwirkung	250
4. Inhalt des Anspruchs des Gläubigers gegen die Gesamtschuldner gemäß § 421 BGB	250
5. Der Anspruch auf Ausgleich unter Gesamtschuldnern im Innenverhältnis gemäß § 426 BGB	250
a) Grundsatz	251
b) „Anderweitige Bestimmung“ als vorrangiger Verteilungsmaßstab im Innenverhältnis	251
c) Keine gesamtschuldnerische Haftung der Gesamtschuldner für die einzelne Ausgleichsforderung	251
d) Die Ausgleichspflicht nach § 426 Abs. 2 BGB	252
e) Anspruchsverjährung	252
II. Der „familienrechtliche“ Gesamtschuldnerausgleich	252
1. Ausgangspunkt	252
a) Wechselwirkungen mit dem ehelichen Güterrecht	252
aa) Gütergemeinschaft (§ 1415 – 1482 BGB)	252
bb) Gütertrennung	253
cc) Zugewinngemeinschaft	253
b) Unterhaltsrechtliche Aspekte	253
c) Keine nachträgliche Abrechnung für Leistungen während laufender Ehe ..	254
d) Leistungserbringung nach Trennung	256
2. Verpflichtung der Eheleute als Gesamtschuldner	257
a) Haftung qua Gesetz	257
aa) § 1357 BGB: „Geschäfte zur Deckung des Lebensbedarfs“	257
(1) Automatische Mithaftung des anderen Ehegatten	257
(2) Einzelfälle	258
(3) Verbraucherschutz	258
(4) Einschränkung	258
bb) Steuerschulden	259
cc) Familiengerichtliche Angelegenheiten	259
b) Haftung als Gesamtschuldner aufgrund schuldrechtlicher Vereinbarung ...	259
aa) Bankkredite; Sittenwidrigkeit (§ 138 BGB)	259
bb) Gesamtschuldnerische Haftung nur bei „Eigeninteresse“	259
cc) Haftungsübernahme als „Mithaftender“; Sittenwidrigkeit (§ 138 BGB) 260	
(1) Finanzielle Überforderung; Leistungsfähigkeit des „Mithaftenden“	260
(2) Persönliche Nähe zum Hauptschuldner	261
(3) Sittlich anstößige Ausnutzung durch Kreditgeber	262
(4) Teilwirksamkeit/Teilnichtigkeit (§ 139 BGB)	263
(5) Zusammenfassung	263
dd) Sittenwidrigkeit in sonstigen Fällen	263
ee) Restschuldbefreiung	264

c) Alleinschulden eines Ehegatten; Beteiligung des anderen hieran als „Gesamtschuldner“	264
aa) Grundsatz	264
bb) Immobilien-Miteigentum; § 426 BGB analog	264
3. § 426 BGB, Gesamtschuldnerausgleich bei Eheleuten	265
a) Grundsatz	265
b) Ausnahmen/Einschränkungen	266
c) Typische Fallgruppen zur Einschränkung des Ausgleichsanspruchs nach § 426 BGB	266
aa) Miteigentum an Grundstücken	266
(1) Aufgabe der Nutzung der Familienwohnung durch beide Ehegatten	266
(2) Nutzung der Ehewohnung nach Trennung (nur noch) durch einen Ehegatten	267
bb) Mietschulden	268
(1) Freigewählte Wohnsituation	268
(2) Gemeinsame Kündigung der Ehewohnung nach Auszug eines Ehegatten	269
(3) „Aufgezwungene“ Wohnung	269
cc) Einseitig nützige Schulden	269
(1) Prüfung der Sittenwidrigkeit	270
(2) (Mit)Übernahme von Altschulden	270
(3) Schaffung von Alleineigentum für (nur) einen Ehegatten	270
(4) Anspruch auf Befreiung von einer Verbindlichkeit (auch) im Außenverhältnis	270
dd) Darlehen für Konsum	270
ee) Steuerschulden	271
d) Freistellungsanspruch nach § 426 Abs. 1 BGB	271
aa) Zwingende Voraussetzung der Fälligkeit	272
bb) Wechselbeziehungen zum Recht des Auftrags (§ 662 BGB, insbesondere § 670 BGB)	272
e) Relevanz gesamtschuldnerischer Verbindlichkeiten bei der Unterhaltsberechnung	273
aa) Kindesunterhalt	273
bb) Ehegattenunterhalt	273
(1) Unterhaltsberechnung unter Einbeziehung der Gesamtschuld	274
(2) Unterhaltsberechnung ohne Berücksichtigung gesamtschuldnerischer Verbindlichkeiten und nachträgliche Durchführung des Gesamtschuldnerausgleichs	274
(3) Wirtschaftliche Betrachtung	274
cc) Ehegattentrennungs- und nachehelicher Ehegattenunterhalt	275
(1) Außergerichtliche Regelung	276
(2) Regelung im gerichtlichen Unterhaltsverfahren	278
(3) Gerichtliche Entscheidung im Unterhaltsprozess	278
(4) Einstweilige Anordnung (eAO) zum Ehegattenunterhalt (§ 246 FamFG)	279
(5) „Gesamtschuldnerausgleichsspitze“	280
dd) Berücksichtigung von Gesamtschulden beim Kindesunterhalt	281

f)	Auswirkungen der Gesamtschuld im Zugewinnausgleich	282
aa)	Noch nicht durchgeführter Zugewinnausgleich	283
(1)	Aktivierung der Gesamtschuldnerausgleichsforderung gemäß § 426 BGB im Rahmen der Durchführung des Zugewinnausgleichs	283
(a)	Bereits zurückgeführte gesamtschuldnerische Verbindlichkeit	284
(b)	Noch nicht zurückgeführte gesamtschuldnerische Verbindlichkeit	285
(c)	Haftung eines Ehegatten allein ohne Ausgleichsanspruch im Innenverhältnis	286
(d)	Wirtschaftlich wertlose Gesamtschuldnerausgleichsforderung	287
(2)	Vorrang wirtschaftlicher Betrachtung	288
bb)	Bereits durchgeführtes Verfahren auf Zugewinnausgleich	292
(1)	Ausschluss der Anspruchsgeltendmachung wegen „unzulässiger Rechtsausübung“	293
(2)	Einstellung der Verbindlichkeit bei der Zugewinnausgleichsberechnung als „anderweitige Bestimmung“ im Sinne des § 426 BGB	293
g)	Parallele Verwertung gesamtschuldnerischer Verbindlichkeit in der Berechnung von Ehegattenunterhalt und Zugewinnausgleich	296
aa)	Die verschiedenen Auffassungen	296
bb)	Praktische Lösungsansätze	298
(1)	Ansatz der Gesamtschuld im Unterhaltsverfahren; nachträgliche Zugewinnausgleichsberechnung	298
(2)	Ansatz der Gesamtschuld im Zugewinnausgleichsverfahren, nachträgliche Unterhaltsberechnung	300
(3)	Auswirkungen der Behandlung der Gesamtschuld in den Vermögensbilanzen beim Zugewinnausgleich	301
(4)	Einstellung der Gesamtschuld nur in Vermögensbilanz des im Außenverhältnis rückführenden Ehegatten; Auswirkung auf den Gesamtschuldnerausgleich	301
(5)	Einstellung der Gesamtschuld in die Vermögensbilanz beider Ehegatten; Auswirkung auf den Gesamtschuldnerausgleich	303
(a)	Unterhaltsrechtliche Lösung	303
(b)	Gesamtschuldnerausgleichsrechtliche Lösung	304
cc)	Prozessuales	306
C.	Gesamtgläubigerausgleich unter Ehegatten, § 430 BGB	306
I.	Einführung	306
1.	Begriff der Gesamtgläubigerschaft	306
a)	Gesamtgläubigerschaft kraft Gesetzes	306
b)	Gesamtgläubigerschaft kraft Vertrages	307
2.	Außenverhältnis zwischen Gläubiger und Schuldner	308
a)	Gesamtwirkung	308
b)	Weitere rechtsändernde Umstände	308
3.	Innenverhältnis zwischen den Gesamtgläubigern	309
a)	Wahrnehmung von Gestaltungsrechten	309
b)	Ausgleichspflicht	309

II. Gesamtgläubigerschaft von Eheleuten	309
1. Gesamtgläubigerschaft kraft Vertrages	309
a) Gemeinschaftskonten	309
aa) Und-Konto	309
bb) Oder-Konto	310
b) Bausparverträge	311
c) Depotkonto als Gemeinschaftskonto	311
2. Gesamtgläubigerausgleich, § 430 BGB unter Eheleuten	311
a) Güterstände und Gesamtgläubigerausgleich	311
b) Innenausgleich nach § 430 BGB unter Eheleuten	312
c) Familienrechtliche Überlagerung des Schuldverhältnisses	312
d) Verrechnungsverbot während intakter Ehe	313
e) Forderungseinzug nach Trennung der Eheleute	314
aa) Berechtigung an Kontenguthaben	314
bb) Gesamtgläubigerausgleich wegen eigenmächtiger Abbuchung	317
(1) Verfügungen über das Konto während des Zusammenlebens und in zeitlicher Nähe der Trennung	317
(2) Verfügungen über das Konto nach der Trennung	318
(3) Beweislast	320
3. Verhältnis zum Güterrecht	321
a) Gesamtgläubigerausgleich und Güterstände	321
b) Gesamtgläubigerausgleich und Zugewinnausgleich	322
aa) Gleichzeitigkeit der Verfahren	322
bb) Zugewinnausgleichsverfahren noch nicht durchgeführt	322
(1) Einzug nicht gemäß der Quote erfolgt, Forderung unstreitig	323
(2) Forderung ist noch nicht eingezogen	324
cc) Nur einer der Ehegatten ist berechtigt	325
c) Taktische Erwägungen	325
d) Zugewinnausgleichsverfahren bereits durchgeführt	330
aa) Vermeidung von Wertungswidersprüchen	330
bb) Anderweitige Bestimmung im Sinne des § 430 BGB	332
4. Gerichtliche Zuständigkeit/Verjährung	334
5. Muster: Antrag auf Durchführung des Gesamtgläubigerausgleichs	335
D. Gesellschaftsrecht	337
I. Einführung	337
II. Ausgleich über das Gesellschaftsrecht/Ehegatteninnengesellschaft	338
1. Rechtsfigur der Ehegatteninnengesellschaft	338
2. Rechtsfigur des familienrechtlichen Vertrages sui generis	339
3. Anwendungsbereiche	339
III. Ausdrücklich geschlossene Ehegattenverträge	339
1. Handelsgesellschaft	340
a) Arten der Handelsgesellschaften	340
b) Ehegatten-GmbH	340
2. Gesellschaft bürgerlichen Rechts	341
3. Ehegatteninnengesellschaft	343
a) Vorprüfung	343
aa) Formbedürftigkeit des Vertrages	343
bb) Güterstand	343
cc) Anlage über Alleineigentum	343

b) Rechtsform der Gesellschaft	343
c) Zweck der Gesellschaft	344
d) Gesellschafter und Anteile	344
e) Einlagen der Gesellschaft	344
f) Erträge der Gesellschaft	344
g) Veräußerung von Grundbesitz	345
h) Auseinandersetzung der Gesellschaft	345
i) Tod eines Gesellschafters	346
j) Salvatorische Klausel	346
4. Arbeitsvertrag	346
IV. Ausgleichsanspruch wegen ehebedingter Zuwendung in Abgrenzung zur still- schweigend geschlossenen Ehegatteninnengesellschaft	346
1. Abgrenzungskriterien nach der Rechtsprechung	347
2. Tatbestandsmerkmale der Ehegattenzuwendung	348
a) Subsidiarität des Anspruchs	348
b) Beibehaltung des Vermögenszustandes unzumutbar	349
c) Störung der Geschäftsgrundlage nach § 313 BGB	349
3. Checkliste: Spannungsfeld ehebezogene Zuwendung, Ehegattengesellschaft bzw. Ehegatteninnengesellschaft und familienrechtlicher Vertrag sui generis ..	350
V. Konkludent geschlossene Ehegattenverträge	350
1. Konkludent eingegangener Arbeitsvertrag	351
2. Familienrechtlicher Vertrag sui generis	351
3. Tatbestandsmerkmale des stillschweigend geschlossenen familienrechtlichen Vertrags sui generis	352
a) Subsidiarität des Anspruchs	352
b) Umfangreiche Arbeitsleistungen	353
c) Vermögenszuwachs beim anderen Ehepartner	353
d) Beibehaltung des Vermögenszustandes unzumutbar	353
e) Höhe des Ausgleichsanspruchs	354
f) Stichtag für die Entstehung des Ausgleichsanspruchs	354
4. Anspruch aus familienrechtlichem Vertrag sui generis (Kooperationsvertrag) ..	355
VI. Stillschweigend geschlossene Ehegatteninnengesellschaft	355
1. Tatbestandsmerkmale der stillschweigend geschlossenen Ehegatten- innengesellschaft	355
a) Eheüberschreitender Gesellschaftszweck	356
b) Fehlen einer ausdrücklichen Abrede	356
c) Gleichberechtigte Mitarbeit	357
aa) Tätigkeit nur untergeordneter Natur	357
bb) Umfang der Arbeitsleistung	357
cc) Gleiche berufliche Qualifikation	357
dd) Weitere Indizien	358
(1) Gemeinsame Planung für eine gemeinsame Sache	358
(2) Absprachen über die Gewinn- und Verlustbeteiligung	359
(3) Aufgabenverteilung	359
(4) Auftreten gegenüber Dritten	359
(5) Vermögensverteilung aus Haftungsgründen	359
2. Die Bedeutung des Güterstandes	359
a) Gütergemeinschaft	359
b) Gütertrennung	360

c) Zugewinnausgleich/Wahl-Zugewinnsgemeinschaft	360
d) Nichteheliche Lebensgemeinschaft	362
3. Auseinandersetzung der Innengesellschaft	363
a) Entstehen des Anspruchs	364
b) Höhe des Auseinandersetzungsanspruchs	364
aa) Feststellung des gemeinsam Erwirtschafteten	364
bb) Verteilungsquote	365
c) Verjährung	365
d) Gerichtliche Zuständigkeit	366
4. Taktische Überlegungen	366
a) Gesellschaftsrechtliche Auseinandersetzung vor dem Zugewinnausgleichsverfahren	366
b) Gesellschaftsrechtliche Auseinandersetzung gleichzeitig mit dem Zugewinnausgleichsverfahren	366
c) Gesellschaftsrechtliche Auseinandersetzung nach dem Zugewinnausgleichsverfahren	367
5. Fallbeispiele/Sonderfälle	367
a) Rechtliche Situation im Zugewinnausgleich	368
b) Dinglich Berechtigter verfügt über Anfangsvermögen	369
c) Dinglich Berechtigter ist mit Schulden belastet	370
d) Anfangsvermögen des Ausgleichsberechtigten fast vollständig verbraucht	372
6. Checkliste: Ehegattennengesellschaft	373
7. Antragsentwurf	374
E. Gemeinschaftsrecht inklusive Teilungsversteigerung	376
I. Begriff, Einführung und Gründe für die Bedeutung der Gemeinschaft nach Bruchteilen unter Ehegatten	376
1. Begriff	376
2. Allgemeine Entstehungs- und Beendigungsgründe	377
3. Grund der Häufigkeit des Bestehens der Bruchteilsgemeinschaften unter Ehegatten	377
a) Grundlagen	377
b) Immobilien	379
c) Mobilien	380
II. Entstehungsgründe, Rechtsnatur der Gemeinschaft nach Bruchteilen und die sich aus dieser ergebenden Konsequenzen; Abgrenzung zur Gesamthand	382
1. Entstehungsgründe der Gemeinschaft nach Bruchteilen	382
a) Entstehung kraft Gesetzes	382
b) Entstehung kraft staatlichen Hoheitsakts	383
c) Entstehung aufgrund gemeinschaftlichen Erwerbs	383
2. Rechtsnatur und strukturelle Eigenart der Gemeinschaft nach Bruchteilen	384
a) Lediglich geteilte Rechtszuständigkeit – kein geteilter Gegenstand und kein geteiltes Recht	384
b) Die dingliche und die schuldrechtliche Seite der Gemeinschaft nach Bruchteilen – Differenzierung zwischen drei Ebenen	385
3. Konsequenzen aus der Rechtsnatur und strukturellen Eigenart der Gemeinschaft nach Bruchteilen	388
a) Materiellrechtliche Konsequenzen	389
b) Prozess- bzw. verfahrensrechtliche (§ 113 Abs. 5 Nr. 1 FamFG) Konsequenzen	389

4. Die Abgrenzung der Bruchteilsgemeinschaft von der Gesellschaft bürgerlichen Rechts	389
a) Grundlagen	389
b) Die schwierige Abgrenzung bei bloßem „Halten und Verwalten“ als Gesellschaftszweck	390
c) Die Abgrenzung der Bruchteilsgemeinschaft und der Gesamthand	391
d) Die Abgrenzung der Bruchteilsgemeinschaft von der Ehegattinnen-gesellschaft	392
III. Das Rechtsverhältnis der Teilhaber-Ehegatten während des Bestehens der Bruchteilsgemeinschaft	394
1. Die Rechtslage bei Zusammenleben der Ehegatten	394
a) Grundlagen	394
b) Das Konkurrenzverhältnis	395
2. Getrennleben der Ehegatten	398
a) Grundlagen	398
b) Die Ehwohnung	399
c) Haushaltsgegenstände	401
d) Sonstige Gegenstände	402
3. Der Zeitraum ab Rechtskraft der Endentscheidung in der Scheidungssache ...	404
a) Grundlagen	404
b) Die Rechtslage hinsichtlich der vormaligen Ehwohnung	404
c) Die Rechtslage hinsichtlich vormaliger Haushaltsgegenstände	408
d) Sonstige Gegenstände	408
IV. Das Außenverhältnis der Gemeinschaftler-Ehegatten zu Dritten	409
1. Allgemeines	409
2. Forderungen im Zusammenhang mit Bruchteilsgemeinschaften (sogenannte Bruchteils-Gläubigerschaft oder Forderungsgemeinschaft zu Bruchteilen) ...	409
a) Rechtsformen der Gläubigermehrheit und Abgrenzung	409
b) Teilforderungen	409
c) Gemeinschaftliche Forderungen	410
d) Gesamtforderungen	412
3. Bruchteils-Schuldnerschaft	412
a) Allgemeines	412
b) Gesamtschuldnerschaft als Regelfall	412
V. Die Aufhebung der Gemeinschaft	413
1. Allgemeines	413
2. Der Aufhebungsanspruch als solcher	415
a) Grundlagen	415
aa) Gesetzliche Regelung	415
bb) Aufhebungshindernisse	415
(1) Grundlagen	415
(2) Gesetzliche Aufhebungshindernisse	415
(3) Rechtsgeschäftliche Aufhebungsverbote	416
(4) Keine Aufrechnung und kein Zurückbehaltungsrecht wegen gemeinschaftsfremder Gegenforderungen	416
cc) Aufhebung aus wichtigem Grund gemäß § 749 Abs. 2 BGB	416

b) Spezielle Aufhebungshindernisse bei Ehegatten	417
aa) Zusammenleben der Ehegatten in intakter Ehe	417
(1) Ehwohnung	417
(2) Haushaltsgegenstände und sonstige Gegenstände	417
bb) Getrenntleben der Ehegatten	417
(1) Ehwohnung und Haushaltsgegenstände	417
(a) Vereinbarungen der Ehegatten	417
(b) Fehlende Vereinbarungen der Ehegatten	419
(2) Sonstige Gegenstände	421
cc) Der Zeitraum ab Rechtskraft der Endentscheidung in der Scheidungs- sache	421
(1) Die Ehwohnung	421
(2) Haushaltsgegenstände	421
(3) Sonstige Gegenstände	422
3. Der Inhalt des Aufhebungsanspruchs nach §§ 752, 753 BGB	422
a) Grundlagen	422
b) Die Teilung durch Verkauf gemäß § 753 BGB	423
4. Das Aufhebungsverfahren	423
a) Leistungsantrag	423
b) Verfahrensgegenstand	424
c) Der Antrag	424
d) Das Zwangsversteigerungsverfahren	424
aa) Zulässigkeitsvoraussetzungen	424
(1) Antrag	424
(2) Voreintragung	424
(3) Kein Titel erforderlich	425
bb) Rechtsbehelfe	425
(1) Einstweilige Einstellung des Verfahrens gemäß §§ 30 Abs. 1, 180 Abs. 2 bis Abs. 4 ZVG	425
(2) Vollstreckungserinnerung gemäß § 766 ZPO und sofortige Be- schwerde gemäß § 793 ZPO	425
(3) Drittwiderspruchsklage gemäß § 771 ZPO	426
F. Auftragsrecht	426
I. Rechtliche Konstruktion des Befreiungsanspruchs nach Auftragsrecht	427
II. Voraussetzungen	427
III. Abgrenzung	429
IV. Inhalt des Befreiungsanspruchs	430
V. Durchsetzung	431
G. Vermögensverwaltung und Treuhand	432
I. Vermögensverwaltung	432
1. Voraussetzungen	432
2. Vertragliche Rechte und Pflichten	433
3. Haftung	433
II. Treuhand	434
1. Treuhandvertrag	434
2. Rückgewähr des Treuguts	435
H. Schenkungen/Zuwendungen Ehegatten	436
I. Schenkung oder ehebezogene Zuwendung	436

II.	Widerruf einer Schenkung	437
1.	Widerruf wegen Verarmung des Schenkers	437
2.	Widerruf wegen groben Undanks	438
III.	Weitere Möglichkeiten der Rückabwicklung	438
I.	Darlehen, Mithaftungsübernahme, Bürgschaft	439
I.	Arten der Mitverpflichtung	439
1.	Mitdarlehensnehmerschaft/Mithaftungsübernahme	439
2.	Schuldbeitritt	440
3.	Beispiele für Arten der Mitverpflichtung	441
4.	Bürgschaft	441
a)	Wesen der Bürgschaft	441
b)	Bürgschaft und AGB-Gesetz	442
II.	Sittenwidrigkeit	443
1.	Voraussetzungen	444
a)	Krasse finanzielle Überforderung	444
b)	Widerlegbare Vermutung aufgrund emotionaler Verbundenheit	446
c)	Sittenwidrigkeit ohne krasse finanzielle Überforderung	447
2.	Ausnahmen	447
a)	Eigeninteresse des Bürgen oder Mithaftenden	447
b)	Interesse der Bank am Schutz vor Vermögensverschiebungen	448
3.	Übertragbarkeit der Rechtsprechungsgrundsätze zur Sittenwidrigkeit	448
4.	Folgen der Sittenwidrigkeit	448
III.	Hinweis- und Aufklärungspflichten des Gläubigers	449
1.	Mitdarlehensnehmerschaft	449
2.	Bürgschaft und Schuldbeitritt	449
3.	Folgen der Verletzung einer Hinweis- und Aufklärungspflicht	450
IV.	Beendigung der Mitverpflichtung und Folgen	450
1.	Erreichen des Vertragszwecks	450
2.	Kündigung	451
3.	Befreiungs- und Rückgriffsansprüche	451
J.	Schadenersatzansprüche der Ehegatten untereinander	451
I.	Allgemeines	451
1.	Haftungsmaßstab	452
2.	Verpflichtung zur ehelichen Rücksichtnahme	452
3.	Immaterieller Schadenersatz	453
4.	Verjährung	453
5.	Verfahrensrecht	453
II.	Einzelfälle	453
1.	Verletzungen des Ehegatten an seiner Gesundheit und körperlichen Integrität	453
2.	Verletzung von Pflichten aus der ehelichen Lebensgemeinschaft	453
a)	Eheliche Lebensgemeinschaft als absolut geschütztes Rechtsgut	453
b)	Pflicht zur ehelichen Treue	454
c)	Kindesunterschlebung	454
3.	Schadenersatzansprüche im Zusammenhang mit gemeinsamen Kindern	455
a)	Kindesentziehung	455
b)	Umgangsvereitelung	455
4.	Schadenersatzpflichten im Zusammenhang mit der Ehwohnung	456
5.	Eigentumsverletzungen	457

6. Verletzungen unterhaltsbezogener Pflichten	457
a) Unterhaltsbetrug	457
b) Ausnutzen unrichtiger Unterhaltstitel	457
7. Verletzung vermögensrechtlicher Pflichten	459
a) Unberechtigte Kontoverfügungen	459
b) „Anschwärzen“	459
aa) Strafanzeigen	459
bb) Anzeigen an sonstige Behörden	459
cc) Anzeigen an den Arbeitgeber	459
c) Pflichtverletzungen in Steuersachen	460
d) Vorenthaltung von Versicherungsleistungen und Vereitelung von Versicherungsschutz	460
8. Stalking	461
K. Sonstige Ansprüche der Ehegatten gegeneinander	461
I. Allgemeines	461
II. Fallgruppen	461
1. Ansprüche im Zusammenhang mit Kraftfahrzeugen	461
a) Herausgabe	461
b) Schadenfreiheitsrabatt	461
2. Ansprüche im Zusammenhang mit Mietverhältnissen	462
a) Ausgleich von Mietschulden	462
b) Anspruch auf Mitwirkung an der Kündigung bzw. Entlassung aus dem Mietverhältnis	462
c) Kautions	463
3. Befreiungsansprüche	463
a) Kredite	463
b) Bürgschaften	464
c) Durchsetzung der Befreiung	464
4. Ansprüche im Zusammenhang mit Versicherungsvertragsverhältnissen	465
§ 4 Güterstände	467
A. Gesetzliches Güterrecht (Zugewinnsgemeinschaft, §§ 1363 ff. BGB)	467
I. Die Strukturen des gesetzlichen Güterrechts	467
1. Allgemeines zum gesetzlichen Güterrecht	467
2. Der gesetzliche Güterstand: die Zugewinnsgemeinschaft	467
a) Grundsätzliches zur Zugewinnsgemeinschaft	467
b) Die Reformen des gesetzlichen Güterstands	467
aa) Die Reform 2002	467
bb) Die Reform 2009	467
c) Die Struktur des gesetzlichen Güterstands	468
aa) Getrennte Vermögen, § 1363 Abs. 2 BGB	468
bb) Der eheneutrale Vermögenserwerb	469
cc) Die Vermutung gleicher Beiträge zum Vermögenserwerb	469
d) Der Zugewinnausgleichsanspruch	470
aa) Die Vermögensbilanzen	470
bb) Der jeweilige Zugewinn	470
cc) Der Zugewinnausgleichsanspruch	470
e) Das Stichtagsprinzip	470

f)	Das Anfangs- und Endvermögen	471
aa)	Das Anfangsvermögen (§ 1374 Abs. 1 BGB)	471
bb)	Das Endvermögen (§ 1375 Abs. 1 BGB)	471
cc)	Der negative Wert des Anfangs- bzw. Endvermögens	471
(1)	Negatives Anfangsvermögen	471
(2)	Negatives Endvermögen	472
dd)	Negativer Zugewinn	472
3.	Ausblick und weiterer Reformbedarf	472
II.	Die Ausgleichssysteme des gesetzlichen Güterrechts	472
1.	Allgemeines	472
2.	Das güterrechtliche Ausgleichssystem	473
a)	Die vorzeitige Aufhebung der Zugewinngemeinschaft	473
aa)	Vereinbarung über den Güterstand	473
bb)	Vorzeitige Aufhebung der Zugewinngemeinschaft	473
b)	Die Rechtskraft des Scheidungsausspruchs	473
3.	Das erbrechtliche Ausgleichssystem	474
III.	Vermögensmassen im Zugewinn	474
1.	Allgemeine Grundlagen	474
a)	Güterrechtlicher Vermögensbegriff	474
b)	Abgrenzung von güterrechtlichen Vermögenspositionen zu sonstigen Vermögenswerten (sog. Sondervermögen)	476
c)	Einzelne Vermögenspositionen und ihre Bewertung (ABC der Vermögenspositionen)	478
d)	Bewertung von Vermögenspositionen, insbesondere von Unternehmen und Immobilien	525
aa)	Gesetzliche Vorgabe in § 1376 BGB	525
bb)	Wertbegriffe und Methoden der Wertermittlung im gesetzlichen Güterstand des Zugewinnausgleichs	525
cc)	Prinzipien der Unternehmensbewertung	530
(1)	Allgemeine Grundsätze zur Durchführung von Unternehmensbewertungen	531
(a)	Maßgeblichkeit des Bewertungszwecks	531
(b)	Bewertung der wirtschaftlichen Unternehmenseinheit	531
(c)	Stichtagsprinzip	532
(d)	Bewertung des betriebsnotwendigen Vermögens	532
(e)	Bewertung des nicht betriebsnotwendigen Vermögens	533
(f)	Unbeachtlichkeit des (bilanziellen) Vorsichtsprinzips	533
(g)	Nachvollziehbarkeit der Bewertungsansätze	534
(2)	Verfahren der betriebswirtschaftlichen Unternehmensbewertung ..	534
(3)	Ermittlung des Unternehmenswertes nach dem Ertragswertverfahren	535
(a)	Grundsätzliches	535
(b)	Vor- und Nachteile der Ertragswertmethode	537
(c)	Checkliste zur Überprüfung des Bewertungsgutachtens	537
(aa)	Besonderheiten bei der Abgrenzung des Bewertungsobjekts bei der Bewertung von kleinen und mittelgroßen Unternehmen/Bewertung der wirtschaftlichen Unternehmenseinheit	537
(bb)	Stichtagsprinzip	538

(cc) Ausschüttungsannahme	538
(dd) Prognose der künftigen finanziellen Überschüsse	540
(ee) Vergangenheitsanalyse	541
(ff) Kapitalisierungszinssatz	542
(gg) Basiszinssatz	543
(hh) Marktrisikoprämie und Betafaktor	544
(ii) Berücksichtigung wachsender finanzieller Überschüsse/ Wachstumsabschlag	545
(jj) Nicht betriebsnotwendiges Vermögen	546
(kk) Kalkulatorischer Unternehmerlohn	546
(ll) Weitere korrigierende Risiko- bzw. abschläge bei der Unternehmensbewertung	548
(4) Liquidationswertverfahren	549
(5) DCF-Verfahren	551
(a) WACC-Ansatz	552
(b) APV-Ansatz	552
(c) Nettoverfahren (Equity-Methode)	553
(d) Vor- und Nachteile des DCF-Verfahrens im Allgemeinen	553
(6) Substanzwertverfahren auf Basis von Reproduktionswerten	553
(7) Mittelwertverfahren	555
(8) Stuttgarter Verfahren	555
(9) Multiplikatorverfahren	556
(10) Realoptions-Ansatz	557
(11) Economic Value Added (EVA)	558
(12) Besonderheiten bei der Unternehmensbewertung im Familien- und Erbrecht	558
(13) Latente Steuerlast	560
(14) Anteilsbewertung	562
dd) Bewertung eines land- oder forstwirtschaftlichen Betriebes als Sonder- fall der Unternehmensbewertung im Familienrecht	562
ce) Steuerrechtliche Bewertung von Vermögenswerten nach dem Bewer- tungsgesetz	564
(1) Bewertung von Grundvermögen nach dem BewG	564
(2) Bewertung von Kapitalgesellschaften nach dem BewG	565
(3) Bewertung von Personengesellschaften nach dem BewG	565
(4) Bewertung von Wertpapieren, Lebensversicherungen und lebens- länglichen Nutzungen und Leistungen nach dem BewG	566
ff) Schenkungs- und Erbschaftsteuer	566
(1) Steuerklassen	566
(2) Steuersätze	566
(3) Freibeträge	567
(4) Steuerbefreiungen	567
2. Vorprüfung zum Anfangs- und Endvermögen zur Abgrenzung gegenüber an- deren Ausgleichssystemen	568
a) Versorgungsausgleich	568
b) Hausratsgegenstände	569
c) Doppelverwendungsverbot	569
d) Abfindungen	571
e) Schuldverhältnisse zwischen den Ehegatten	571

f) Weitere Einzelfragen	572
g) Verbindlichkeiten	572
3. Anfangsvermögen, § 1374 BGB	573
a) Stichtage der Bewertung	573
b) Positives und negatives Anfangsvermögen (§ 1374 Abs. 3 BGB)	574
c) Erhöhung des Anfangsvermögens durch privilegierten Erwerb (§ 1374 Abs. 2 BGB)	575
aa) Erwerb von Todes wegen	576
bb) Erwerb mit Rücksicht auf ein künftiges Erbrecht	577
cc) Schenkung und Ausstattung	578
dd) Einkünfte	578
d) Indexierung	579
e) Darlegungs- und Beweislast für das Anfangsvermögen	581
f) Beschränkung des § 1374 BGB	581
4. Endvermögen, § 1375 BGB	582
a) Stichtag für die Berechnung und Höhe des Endvermögens	583
b) Positives und negatives Endvermögen (§ 1375 Abs. 1 BGB)	585
c) Illoyale Vermögensminderungen (§ 1375 Abs. 2 BGB)	585
aa) Unentgeltliche Zuwendungen	586
bb) Verschwendungen	587
cc) Absichtliche Vermögensbenachteiligung	587
dd) Keine Hinzurechnung zum Endvermögen	587
ee) Ansprüche des Ausgleichsberechtigten gegen Dritte (§ 1390)	588
d) Darlegungs- und Beweislast für das Endvermögen	588
IV. Der Anspruch auf Zugewinnausgleich, Rechte der Beteiligten, Einwendungen und Grenzen	589
1. Das Entstehen der Forderung auf Zugewinnausgleich	589
a) Voraussetzung	589
b) Anspruchsgrundlage	589
c) Beendigung des Güterstandes	590
aa) Beendigung des Güterstandes durch Tod	590
bb) Beendigung des Güterstandes durch notariellen Ehevertrag	590
cc) Beendigung des Güterstandes durch Ehescheidung	590
dd) Beendigung des Güterstandes durch Aufhebung der Ehe	591
ee) Beendigung des Güterstandes durch vorzeitigen Zugewinnausgleich/ vorzeitiges Aufhebungsverlangen	591
ff) Vorverlegung des Berechnungszeitpunktes, §§ 1384 und 1387 BGB ...	591
2. Vererblichkeit und Übertragbarkeit des Zugewinnausgleichsanspruchs	591
3. Die Fälligkeit der Forderung auf Zugewinnausgleich	591
4. Vereinbarungen zur Ausgleichsforderung	592
5. Nebenforderungen (Zinsen)	593
6. Begrenzung des Ausgleichsanspruchs	594
a) Grundsätze	594
b) Auswirkungen bei negativem Anfangsvermögen	595
7. Rechte des Gläubigers der Ausgleichsforderung	595
a) Abtretung der Ausgleichsforderung, § 398 BGB	595
b) Übertragung von Vermögensgegenständen, § 1383 BGB	596
aa) Grundsätze	596
bb) Interessenabwägung	596

cc) Verfahren und Kosten	597
dd) Einzelne Entscheidungen	597
8. Gegenrechte des Schuldners: Einwendungen und Einreden	598
a) Grundsätze	598
b) Einzelne Einwendungen/Einreden	599
aa) Anrechnung von Vorausempfangen, § 1380 BGB	599
(1) Allgemeines	599
(2) Anwendungsbereich	599
(3) Voraussetzungen nach § 1380 BGB	599
(4) Berücksichtigung der Kaufkraft (Indexierung)	600
(5) Die „überhöhte Zuwendung“	600
(6) Die Anrechnung	601
(7) Gegenseitige, anrechenbare Zurechnungen	605
(8) Darlegungs- und Beweislast	605
(9) Einzelne Entscheidungen	605
bb) Leistungsverweigerung wegen grober Unbilligkeit, § 1381 BGB	606
(1) Allgemein	606
(2) Voraussetzungen der groben Unbilligkeit	608
(a) Wirtschaftliche Verpflichtungen, die sich aus dem ehelichen Verhältnis ergeben	608
(b) Längere Zeit hindurch	609
(c) Schuldhaft	609
(3) Rechtsfolgen	610
(4) Einzelne Entscheidungen	610
(a) Wirtschaftliche Verpflichtungen	610
(b) Persönliches Fehlverhalten	610
(c) Tatbestände in der Trennungszeit	611
(d) Sonstige Sachverhalte	612
cc) Stundung, § 1382 BGB	612
(1) Allgemein	612
(2) Voraussetzungen der Stundung	613
(a) Interessen des Ausgleichspflichtigen	613
(b) Interessen der Kinder	613
(c) Interessen des Ausgleichsberechtigten	613
(d) Sonstige Interessen	614
(3) Verfahren	614
(a) Unstreitige Ausgleichsforderung	614
(b) Streitige Ausgleichsforderung	614
(c) Kosten	614
(4) Entscheidung des Gerichts	615
(5) Darlegungs- und Beweislast	615
(6) Einzelne Entscheidungen	615
dd) Zurückbehaltungsrecht, § 273 BGB	616
(1) Allgemein	616
(2) Voraussetzungen	616
(a) Dasselbe rechtliche Verhältnis nach § 273 Abs. 1 BGB – Kon- nexität	616
(b) Gegenseitigkeit nach § 273 Abs. 1 BGB	617

(c) Fälligkeit nach § 273 Abs. 1 BGB	617
(d) Sofern sich nicht aus dem Schuldverhältnis etwas anderes ergibt	617
(3) Rechtsfolgen	618
(4) Besonderheit: Zurückbehaltungsrecht beim Auskunftsanspruch ...	618
(5) Einzelne Entscheidungen	618
(a) Zurückbehaltungsrecht des Zugewinnausgleichsschuldners ...	618
(b) Zurückbehaltungsrecht des Zugewinnausgleichsgläubigers ...	619
ee) Aufrechnung, § 387 BGB	620
(1) Allgemein	620
(2) Voraussetzungen	620
(a) Gegenseitigkeit	620
(b) Gleichartigkeit	620
(c) Vollwirksamkeit und Fälligkeit der gegenseitigen Forderungen	621
(3) Aufrechnung gegen eine Zugewinnausgleichsforderung	621
(4) Aufrechnung mit einer Zugewinnausgleichsforderung	621
(5) Einzelne Entscheidungen	621
ff) Verjährung, § 195 BGB	622
(1) Allgemein	622
(2) Verjährungsfrist	623
(3) Verjährungsbeginn	623
(4) Hemmung der Verjährung	624
(a) Verhandlungen über den Anspruch, § 203 S. 1 BGB	624
(b) Rechtsverfolgung, § 204 BGB	625
(aa) Erhebung einer Leistungsklage, § 204 Abs. 1 Nr. 1 BGB .	625
(bb) Gerichtliches Mahnverfahren, § 204 Abs. 1 Nr. 3 BGB ...	625
(cc) Aufrechnung, § 204 Abs. 1 Nr. 5 BGB	626
(dd) Selbstständiges Beweisverfahren, § 204 Abs. 1 Nr. 7 BGB	626
(ee) Vereinbartes Begutachtungsverfahren, § 204 Abs. 1 Nr. 8 BGB	626
(ff) Erstmaliger Verfahrenskostenhilfeantrag, § 204 Abs. Nr. 14 BGB	626
(c) Leistungsverweigerungsrecht, § 205 BGB	626
(d) Bestehen der Ehe, § 207 Abs. 1 S. 1 BGB	626
(5) Vereinbarungen über die Verjährung, § 202 BGB	626
(6) Neubeginn der Verjährung, § 212 BGB	627
(7) Verjährung titulierter Ansprüche, § 197 Abs. 1 Nr. 3 BGB	627
(8) Darlegungs- und Beweislast	627
gg) Zusammenhänge von Zurückbehaltung, Aufrechnung und Verjährung .	628
hh) Verwirkung, § 242 BGB	628
(1) Allgemein	628
(2) Voraussetzungen	629
(3) Darlegungs- und Beweislast	629
(4) Einzelne Entscheidung	629
V. Verfügungsbeschränkungen der §§ 1365 ff. BGB	629
1. Allgemeines	629

2. Verfügungen über das Vermögen im Ganzen, § 1365 BGB	630
a) Normzweck	630
b) Objektiver Tatbestand	630
aa) Vermögen	630
bb) Verfügung über das Vermögen im Ganzen	632
(1) Der Verfügungsbegriff	632
(2) Reduzierung des Anwendungsbereichs aufgrund wirtschaftlicher Erwägungen	632
c) Subjektiver Tatbestand	633
aa) Ungeschriebenes Tatbestandsmerkmal der Kenntnis des Vertragspart- ners	633
bb) Maßgebender Zeitpunkt	633
d) Zustimmungsfreie und zustimmungsbedürftige Rechtsgeschäfte	633
aa) Erbrecht	633
bb) Grundstücksrecht	634
(1) Verkauf eines Grundstücks	634
(2) Teilungsversteigerung	634
(3) Grundstücksbelastungen	635
cc) Gesellschaftsrecht	636
(1) Abschluss eines Gesellschaftsvertrages	636
(2) Änderungen des Gesellschaftsvertrages	637
(3) Veräußerung eines Gesellschaftsanteils	637
(4) Beendigung der Mitgliedschaft, Auflösung der Gesellschaft	638
d) Sonstige Anwendungsbereiche	638
e) Einwilligung des Ehegatten	639
aa) Einwilligung	639
bb) Verweigerung	639
f) Ersetzung der Einwilligung durch das Familiengericht	640
aa) Allgemeines	640
bb) Grundsätze einer ordnungsgemäßen Verwaltung	640
cc) Ausreichender Grund für die Verweigerung	641
dd) Verhinderung der Abgabe der Erklärung	641
ee) Verfahren	642
g) Weitere Einzelprobleme	643
aa) Ausschluss der Verwaltungsbeschränkungen	643
bb) Beendigung des Güterstandes	643
cc) Grundbuchverkehr	643
dd) Aufklärungspflicht des Notars	644
3. Verfügungen über Haushaltsgegenstände, § 1369 BGB	644
a) Normzweck	644
b) Haushaltsgegenstände im Sinne des § 1369 BGB	645
aa) Begriffsbestimmung	645
bb) Erfasste Gegenstände	645
cc) Werthaltigkeit	646
dd) Immobilien und Rechte	646
c) Eigentumsverhältnisse	647
aa) Alleineigentum des vertragsschließenden Ehegatten	647
bb) Eigentum des anderen Ehegatten	647
cc) Eigentum Dritter	647

dd) Miteigentum	647
ee) Verfügungen und Verpflichtungen durch Dritte	648
d) Zustimmungsfreie und zustimmungsbedürftige Geschäfte	649
e) Rechtsfolgen der fehlenden Zustimmung	649
f) Ersetzung der Zustimmung nach § 1369 Abs. 2 BGB	649
aa) Tatbestandsvoraussetzungen	649
bb) Ausreichender Verweigerungsgrund	650
4. Genehmigung von Verträgen nach § 1366 BGB	650
a) Normzweck	650
b) Rechtshandlungen im Zeitpunkt der schwebenden Unwirksamkeit	650
c) Genehmigung	651
d) Aufforderung zur Beschaffung der Genehmigung	651
e) Verweigerung der Genehmigung	652
f) Gerichtliche Ersetzung der Zustimmung	652
g) Beendigung des Schwebezustands (Konvaleszenz)	653
h) Umdeutung	654
i) Schadensersatzansprüche des Dritten	654
5. Revokationsrechte, § 1368 BGB	655
a) Normzweck	655
b) Rechte des nicht verfügenden Ehegatten	655
c) Stellung des verfügenden Ehegatten	656
d) Rechtsstellung des Dritten	657
e) Verfahren und Vollstreckung	657
VI. Vorzeitiger Zugewinnausgleich, § 1385 ff. BGB und vorzeitige Aufhebung der Zugewinngemeinschaft, § 1386 BGB	658
1. Allgemeines	658
2. Rechtslage bis zum 31.8.2009	658
a) Limitierter Rechtsschutz für den ausgleichspflichtigen Ehegatten	658
b) Wegfall der Gestaltungsklage	659
3. Rechtslage seit 1.9.2009	660
a) Grundsätzliche Neuregelungen	660
b) Klagearten nach §§ 1385, 1386 BGB	660
4. Die Voraussetzungen vorzeitigen Vorgehens nach §§ 1385, 1386 BGB im Ein- zelnen	661
a) Getrenntleben, § 1385 Nr. 1 BGB	661
b) Befürchtung von Gefährdungshandlungen, § 1385 Nr. 2 BGB	662
c) Schuldhafte Nichterfüllung wirtschaftlicher Verpflichtungen, § 1385 Nr. 3 BGB	663
d) Beharrliche Weigerung zur Unterrichtung über den Bestand des Ver- mögens, § 1385 Nr. 4 BGB	664
e) Verfahren	667
5. Modernisierung des vorläufigen Rechtsschutzes	668
6. Musterschreiben	669
VII. Auskunfts- und Informationsansprüche zur Vorbereitung des Zugewinnaus- gleichs	673
1. Übersicht über die Anspruchsgrundlagen des § 1379 BGB	673
2. Der Auskunftsanspruch nach § 1379 Abs. 1 BGB	674
a) Zeitpunkte des Auskunftsanspruchs	674

b)	Anfangsvermögen	674
aa)	Umfang des Auskunftsanspruchs	674
bb)	Negatives Anfangsvermögen und Beweislast	675
c)	Trennungvermögen	676
aa)	Allgemeines	676
bb)	Beweislastumkehr, § 1375 Abs. 2 S. 2 BGB	677
cc)	Trennungszeitpunkt	677
dd)	Einzelfragen	678
d)	Endvermögen	679
e)	Allgemeiner Informationsanspruch, §§ 1353, 1385 Nr. 4 BGB	681
f)	Auskunftspflicht, Inhalt und Form der geschuldeten Auskunft	682
aa)	Auskunftspflicht	682
bb)	Inhalt des Auskunftsanspruchs	683
cc)	Form der Auskunft	685
3.	Der Anspruch auf Belegvorlage, § 1379 Abs. 1 S. 2 BGB	686
4.	Der Wertermittlungsanspruch, § 1379 Abs. 1 S. 3, 2. Alt. BGB	688
5.	Anspruch auf Aufnahme des Bestandsverzeichnisses in bestimmter Form, § 1379 Abs. 1 S. 4 BGB	689
6.	Prozessuale Durchsetzung der Ansprüche	689
a)	Gerichtliche Geltendmachung der Ansprüche aus § 1379 BGB	689
aa)	Allgemeines	689
bb)	Isolierter Auskunftsantrag	690
cc)	Stufenantrag	690
dd)	Die weiteren Ansprüche des § 1379 BGB	691
b)	Abgrenzung des Anspruchs auf Abgabe der eidesstattlichen Versicherung nach § 260 Abs. 2 ZPO zum Ergänzungs- und Berichtigungsverlangen bei erteilter Auskunft	691
c)	Rechtskraft	692
d)	Verfahrenswert/Beschwer	693
e)	Zurückbehaltungsrecht	694
7.	Musterschreiben	694
B.	Vertragliches Güterrecht	696
I.	Gütergemeinschaft	696
1.	Überblick	696
2.	Begründung der Gütergemeinschaft	697
3.	Vermögensmassen während bestehender Gütergemeinschaft	698
a)	Gesamtgut	698
aa)	Allgemeines	698
bb)	Umfang des Gesamtguts	699
cc)	Entstehung von Gesamtgut	699
dd)	Beweislast	700
b)	Sondergut	700
aa)	Umfang des Sonderguts	700
bb)	Verwaltung des Sonderguts	701
cc)	Umwandlung	701
c)	Vorbehaltsgut	701
aa)	Entstehung des Vorbehaltsguts	701
(1)	Ehevertrag	701

(2) Bestimmung Dritter	701
(3) Erwerb eines Ersatzstücks	702
bb) Verwaltung des Vorbehaltsguts	702
cc) Eintragung in das Güterrechtsregister	702
d) Haftung der Vermögensmassen für den Unterhalt	702
aa) Allgemeines	703
bb) Besonderheiten beim Trennungunterhalt	703
cc) Besonderheiten beim nachehelichen Unterhalt	704
dd) Besonderheiten beim Kindesunterhalt	704
4. Verwaltung des Gesamtguts	705
a) Alleinverwaltung des Gesamtguts durch einen Ehegatten	706
aa) Rechtsstellung des alleinverwaltungsberechtigten Ehegatten	706
bb) Beschränkungen des Verwaltungsrechts	707
(1) Verfügung über das Gesamtgut im Ganzen	707
(2) Verfügungen über Grundstücke, Schiffe oder Schiffsbauwerke	707
(3) Schenkungen	708
(4) Ersetzung der Zustimmung des anderen Ehegatten	708
(5) Rechtsfolgen bei fehlender Einwilligung	709
cc) Rechtsstellung des nichtverwaltungsberechtigten Ehegatten	710
dd) Befugnisse des nichtverwaltungsberechtigten Ehegatten	710
(1) Notverwaltungsrecht	710
(2) Ersetzung der Zustimmung des Verwalters	711
(3) Selbstständiges Erwerbsgeschäft	711
(4) Annahme einer Erbschaft und Ablehnung von Vertragsantrag oder Schenkung	712
(5) Fortsetzung des Rechtsstreits	712
ee) Ungerechtfertigte Bereicherung des Gesamtguts	712
ff) Haftung des Gesamtguts und des Gesamtgutsverwalters	713
(1) Haftung im Außenverhältnis	713
(a) Gesamtgutsverbindlichkeiten	713
(b) Haftung des Gesamtgutsverwalters	713
(c) Haftung des nichtverwaltungsberechtigten Ehegatten	714
(d) Zwangsvollstreckung und Insolvenz	714
(e) Einschränkungen der Haftung des Gesamtguts	714
(aa) Eigenmächtiges Handeln des nichtverwaltungsberechtigten Ehegatten	714
(bb) Erwerb einer Erbschaft	715
(cc) Das Vorbehalts- oder Sondergut betreffende Verbindlichkeiten	715
(2) Haftung im Innenverhältnis	716
(a) Grundsatz	716
(b) Ausnahmen	716
(aa) Ausgleichsansprüche	716
(bb) Verbindlichkeiten des Sonderguts und eines Erwerbs- geschäfts	717
(cc) Prozesskostenlast	717
(dd) Kosten der Ausstattung eines Kindes	717
(c) Ausgleich zwischen Vorbehalts-, Sonder- und Gesamtgut	718
(d) Fälligkeit des Ausgleichsanspruchs	718

b) Gemeinschaftliche Verwaltung des Gesamtguts durch beide Ehegatten	719
aa) Grundsätze	719
bb) Mitwirkungspflicht beider Ehegatten	720
cc) Ersetzung der Zustimmung	720
dd) Rechtsfolgen bei Verfügungen ohne Einwilligung	721
ee) Ausnahmen vom Grundsatz gemeinschaftlicher Verwaltung	721
(1) Notverwaltungsrecht	721
(2) Besondere Verwaltungshandlungen	722
(3) Selbstständiges Erwerbsgeschäft	722
ff) Ungerechtfertigte Bereicherung des Gesamtguts	724
gg) Haftung des Gesamtguts	724
(1) Haftung im Außenverhältnis	724
(a) Grundsatz	724
(b) Ausnahmen	724
(aa) Vornahme eines Rechtsgeschäfts ohne Zustimmung	724
(bb) Erwerb einer Erbschaft oder eines Vermächtnisses	725
(cc) Haftung für Vorbehalts- und Sondergut	725
(2) Haftung im Innenverhältnis	725
(a) Grundsatz	725
(b) Ausnahmen	725
(aa) Persönlicher Bereich	725
(bb) Prozesskosten	726
(cc) Kosten der Ausstattung eines nicht gemeinschaftlichen Kindes	726
(c) Ausgleichung zwischen Vorbehalts-, Sonder- und Gesamtgut	726
(d) Fälligkeit des Ausgleichsanspruchs	727
5. Beendigung	727
a) Rechtskräftige Ehescheidung oder Eheauflösung	727
b) Aufhebung durch Ehevertrag	727
c) Tod eines Ehegatten	727
d) Rechtskräftiger Aufhebungsbeschluss	727
aa) Aufhebungsantrag bei Alleinverwaltung	728
(1) Aufhebungsantrag des nicht verwaltenden Ehegatten	728
(a) Unfähigkeit des Gesamtgutsverwalters oder Missbrauch	728
(b) Verletzung der Pflicht zum Familienunterhalt beizutragen	729
(c) Überschuldung des Gesamtguts durch den Gesamtgutsverwalter	729
(d) Verwaltung des Gesamtguts durch den Betreuer des Gesamtgutsverwalters	729
(2) Aufhebungsantrag des Verwalters	729
(3) Wirkungen der richterlichen Aufhebungsentscheidung	729
bb) Aufhebungsantrag bei gemeinsamer Verwaltung	730
(1) Aufhebungsgründe	730
(a) Eigenmächtiges Handeln	730
(b) Verweigerung der ordnungsgemäßen Mitwirkung an der Gesamtgutsverwaltung	730
(c) Verletzung der Pflicht zum Familienunterhalt beizutragen	730

(d) Überschuldung des Gesamtguts	731
(e) Wahrnehmung von Rechten betreffend die Gütergemeinschaft durch einen Betreuer	731
(2) Wirkung der richterlichen Aufhebungsentscheidung	731
6. Auseinandersetzung des Gesamtguts	731
a) Konkurrenzen zu anderen Vorschriften	731
aa) Konkurrenzen zu den Vorschriften der §§ 1568a, 1568b BGB	731
bb) Konkurrenzen zum Gesamtschuldnerausgleich	732
cc) Konkurrenzen zu § 313 BGB	732
b) Fortführung als Liquidationsgemeinschaft	733
c) Gemeinschaftliche Verwaltung des Gesamtguts	734
aa) Grundsatz	734
bb) Ausnahmen	735
d) Mitwirkungspflichten	735
e) Auseinandersetzungsvereinbarung	736
f) Vermittlungsverfahren	736
g) Auseinandersetzungsverfahren	737
aa) Ermittlung und Bewertung des Gesamtguts (erster Schritt)	737
bb) Berichtigung von Gesamtgutsverbindlichkeiten (zweiter Schritt)	738
(1) Allgemeines	739
(2) Ausnahme vom Grundsatz des § 1475 Abs. 1 BGB	740
(3) Umsetzung in Geld	740
(4) Gläubigerschutz	741
(a) Haftung im Außenverhältnis	741
(b) Haftung im Innenverhältnis	742
cc) Ausübung des Übernahmerechts und Geltendmachung von Ersatzansprüchen (dritter Schritt)	742
(1) Ausübung des Übernahmerechts	742
(a) Allgemeines	742
(b) Gegenstände des Übernahmerechts	743
(c) Ausübung des Übernahmerechts	744
(d) Wertersatz	746
(2) Wertersatzanspruch nach § 1478 BGB	747
(a) Allgemeines	747
(b) Gegenstände des Wertersatzanspruchs	747
(c) Ausübung des Wertersatzanspruchs	748
(d) Wertersatz	749
dd) Herstellung der Teilungsreife (vierter Schritt)	750
(1) Teilung in Natur	751
(2) Teilung durch Verkauf	751
ee) Feststellung der Teilungsmasse (fünfter Schritt)	751
ff) Verteilung des Überschusses (sechster Schritt)	752
h) Verfahrensrechtliches	752
i) Muster eines Antrags auf Auseinandersetzung der Gütergemeinschaft im Scheidungsverbund	754
7. Fortgesetzte Gütergemeinschaft	758
II. Gütertrennung	759
1. Allgemeines	759

2.	Eintritt der Gütertrennung	760
a)	Ehevertragliche Vereinbarung	760
b)	Ausschluss oder Aufhebung des gesetzlichen Güterstands	760
c)	Ausschluss des Ausgleichs des Zugewinns	760
d)	Aufhebung der Gütergemeinschaft	760
e)	Rechtskräftige Entscheidung über vorzeitige Aufhebung der Zugewinn- gemeinschaft/Gütergemeinschaft	761
3.	Wirkungen der Gütertrennung	761
a)	Vermögensrechtliche Wirkungen	761
b)	Allgemeine Ehwirkungen	761
4.	Eintragung im Güterrechtsregister	762
5.	Erbquote bei Gütertrennung	762
6.	Beendigung der Gütertrennung	763
III.	Wahlgüterstand des FGB/DDR	763
1.	Allgemeines	763
2.	Eigentumsverhältnisse und Vermögensverhältnisse nach dem FGB/DDR	763
3.	Aufteilung des Vermögens nach §§ 39, 40 FGB/DDR	763
IV.	Wahlgüterstand der Gütergemeinschaft (Deutsch-Französischer Staatsvertrag) ...	765
1.	Abkommen (Staatsvertrag) vom 4.2.2010	765
a)	Harmonisierung des Familienrechts in Europa	765
b)	Gemeinsame Erklärung zum 40. Jahrestag des Elysée-Vertrags am 22.1.2003	765
c)	Bilaterales Abkommen zwischen Deutschland und Frankreich vom 4.2.2010	765
2.	Überblick über die Gütergemeinschaft nach französischem Recht	766
a)	Gesamtgut	766
b)	Eigengut	767
3.	Inhalt des Abkommens	767
a)	Grundstruktur des Güterstands (Art. 2)	768
b)	Begründung (Art. 3) und Beendigung (Art. 7) des Güterstands	768
c)	Verfügungsbeschränkungen (Art. 5)	768
d)	Geschäfte zur Führung des Haushalts (Art. 6)	768
e)	Anfangsvermögen (Art. 8, Art. 9)	769
aa)	Zusammensetzung des Anfangsvermögens (Art. 8)	769
bb)	Bewertung des Anfangsvermögens (Art. 9)	769
f)	Endvermögen (Art. 10, Art. 11)	770
aa)	Zusammensetzung des Endvermögens (Art. 10)	770
bb)	Bewertung des Endvermögens (Art. 11)	771
g)	Anspruch auf Zugewinnausgleich (Art. 12)	771
h)	Berechnungszeitpunkte in Sonderfällen (Art. 13)	771
i)	Begrenzung der Zugewinnausgleichsforderung („Kappungsgrenze“, Art. 14)	772
j)	Verjährung (Art. 15)	772
k)	Auskunftspflicht, Verzeichnis (Art. 16)	772
l)	Stundung (Art. 17)	772
m)	Vorzeitiger Zugewinnausgleich (Art. 18)	772
4.	Inkrafttreten des Abkommens	773

§ 5 Ausgleichsmechanismen (§ 242/§ 313 BGB)	781
A. Grundsatz	781
I. Ausgangslage	781
II. Vermögensübertragung	781
1. Materielle Zuwendung	781
2. Unbedachte oder bewusste Zuwendung	781
III. Vereinbarungen	782
IV. Eheliches Güterrecht/Leitgedanke	782
V. Unbenannte Zuwendung/Geschäftsgrundlage	782
1. Unbenannte Zuwendung	782
2. Geschäftsgrundlage	782
VI. Ehevertragliche Generalklausel	783
B. Ehebezogene/gemeinschaftsbezogene Zuwendungen	783
I. Definition	783
II. Abgrenzung	784
1. Schenkung	784
2. Treuhandverhältnis	784
3. Darlehen	784
4. Ehegattennengesellschaft	784
C. Ausgleich ehebezogener Zuwendungen	785
I. Grundlagen des Ausgleichs	785
II. Zugewinnngemeinschaft	785
1. Zugewinnausgleichsberechnung	785
2. Wegfall der Geschäftsgrundlage	786
a) Zuwendung im Vermögen vorhanden	786
b) Anforderungen einer Korrektur nach § 313 BGB	787
c) Extremmer Ausnahmefall – Praxisbeispiele	788
3. Dingliche Rückübertragung	789
a) Besonderes Interesse	789
b) Verpflichtung zur Gegenleistung	789
c) Saldierung im Zugewinn	789
III. Ausgleichsansprüche bei Gütertrennung	789
1. Notarielle Beurkundung	789
2. Nichteheliche Lebensgemeinschaft	790
3. Wegfall der Geschäftsgrundlage	790
a) Korrektur bei Unzumutbarkeit	790
b) Vorrang anderweitiger Vereinbarungen	790
IV. Zumutbarkeitserwägungen sowie Inhalt und Höhe des Ausgleichsanspruchs	791
1. Zugewinnausgleich	791
a) Abgrenzung zur Gütertrennung	791
b) Schnittpunkte zur Gütertrennung	791
c) Ausnahme dinglicher Rückübertragung	792
2. Gütertrennung/nichteheliche Lebensgemeinschaft	792
a) Gemeinsamkeiten zur nichtehelichen Lebensgemeinschaft	792
b) Zumutbarkeitskriterien	793
aa) Grundsatz	793
bb) Familienheim	794

cc) Sonstiges Vermögen	795
dd) Ehedauer	795
3. Entstehung und Verjährung	796
a) Entstehung	796
b) Geltendmachung	796
c) Verjährung	796
D. Ausgleich von Arbeitsleistungen/familienrechtlicher Kooperationsvertrag	796
I. Grundsatz	796
II. Fallgestaltungen	797
1. Arbeitsleistung zur Schaffung eines „Familienheimes“	797
2. Mitarbeit im Betrieb	797
III. Ausgleichskriterien	798
IV. Nichteheliche Lebensgemeinschaft	798
1. Wegfall der Geschäftsgrundlage	798
2. Bereicherungsanspruch	799
a) Voraussetzungen	799
b) Vorrang des familienrechtlichen Kooperationsvertrages	799

§ 6 Vermögensauseinandersetzung unter Lebenspartnern 801

A. Einführung	801
B. Gesetzlicher Güterstand	801
I. Lebenspartnerschaftsvertrag	801
II. Altes Recht	802
III. Übergangsrecht	803
C. Sonstige Ausgleichs- und Rückgewähransprüche	803
D. Auseinandersetzung von Miteigentum	804
E. Verfahren	805

§ 7 Vermögensauseinandersetzung zwischen Schwiegereltern und Schwiegerkindern 807

A. Einführung	807
B. Zuwendungen von Schwiegereltern an Schwiegerkinder	807
I. Rückgewähranspruch nach Schenkungsrecht	807
1. Schenkung	808
a) Zuwendung	808
b) Bereicherung des Zuwendungsempfängers	809
c) Unentgeltlichkeit	811
d) Einigung über die Unentgeltlichkeit	812
2. Besondere Voraussetzungen	812
a) § 527 BGB	812
b) § 528 BGB	814
c) §§ 531 Abs. 2, 530 Abs. 1 BGB	814
II. Rückgewähranspruch wegen Wegfall der Geschäftsgrundlage, § 313 BGB	816
1. Vertrag	816
a) Schenkung	816
b) Familienrechtlicher Kooperationsvertrag	817
2. Geschäftsgrundlage	817

3. Störung der Vertragsgrundlage	819
a) Teilhabe des eigenen Kindes über Zugewinnausgleich	819
b) Doppelte Inanspruchnahme des Schwiegerkindes	820
aa) Schenkung	820
bb) Arbeits- und Dienstleistungen	821
4. Rechtsfolgen	822
a) Inhalt des Anspruchs	822
b) Höhe des Anspruchs	823
aa) Vermögen	824
(1) Dauer der Ehe	824
(2) Noch vorhandene Vermögensmehrung	825
(3) Teilhabe am Zugewinnausgleich	825
bb) Arbeitsleistungen	826
III. Rückgewähranspruch nach Bereicherungsrecht	826
1. Tatbestandsvoraussetzungen	827
a) Etwas durch Leistung erlangt	827
b) Rechtsgrund	827
c) Nichteintritt des bezweckten Erfolges	827
aa) Zweckvereinbarung	827
bb) Nichteintritt	828
2. Rechtsfolgen	828
IV. Verjährung	829
V. Abtretbarkeit	830
VI. Erbfall	831
VII. Auswirkungen auf den Zugewinnausgleich zwischen den Ehegatten	831
VIII. Verfahren	832
IX. Checkliste	833
X. Muster	834
C. Zuwendungen von Eltern an das Kind, das wiederum an das Schwiegerkind weiter zuwendet (Kettenschenkungen)	835
I. Kettenschenkungen	835
II. Rückabwicklungsansprüche gegen das eigene Kind	836
1. Schenkungsrecht	837
a) § 527 BGB	837
b) § 528 Abs. 1 BGB	837
c) §§ 531 Abs. 2, 530 BGB	837
2. Wegfall der Geschäftsgrundlage	838
III. Anspruch gegen das Schwiegerkind	838
IV. Rechtsfolgen für den Zugewinnausgleich	838
V. Verfahren	838
D. Zuwendungen von Schwiegerkind an Schwiegereltern	839
I. Ansprüche aus Leihverhältnis	839
1. Leihvertrag	839
2. Verwendungsersatz	840
3. Ausschluss	841
II. Mietvertrag	842
III. Wegfall der Geschäftsgrundlage § 313 BGB	842
IV. Bereicherungsrecht	843
1. Wegfall des Rechtsgrundes	844

2. Zweckverfehlung	845
3. Umfang des Bereicherungsanspruchs	845
4. § 822 BGB	846
5. Verjährung	846
V. §§ 951, 946 BGB	846
VI. Anspruch auf Nutzungsvergütung	846
VII. Auswirkungen auf den Zugewinnausgleich	847
VIII. Verfahren	847
IX. Checkliste	847
X. Muster	848

§ 8 Familienvermögensrecht im IPR 851

A. Allgemeines und Rechtsquellen	851
B. Begriffliches und Abgrenzungen	853
I. Abgrenzung Vermögensangelegenheit/Unterhalt	853
1. Allgemeines	853
2. Die Morgengabe/Abendgabe	855
3. Ausgleichszahlungen/Schadensersatzansprüche	857
4. Ehebedingte Zuwendungen	857
II. Unwandelbarkeit des Güterstandes	857
1. Rechtswahl	858
2. Das Güterrechtsstatut von Vertriebenen und Flüchtlingen	858
3. Überleitung des Güterrechts bestehender Ehen nach Art. 220 Abs. 3 EGBGB und Art. 236 § 3 EGBGB	858
a) Art. 220 Abs. 3 EGBGB	858
aa) Eheschließungen vor dem 1.4.1953	859
bb) Eheschließungen nach dem 8.4.1983	859
cc) Eheschließungen zwischen dem 1.4.1953 und vor dem 9.4.1983	859
b) Art. 236 § 3 EGBGB	859
4. Befolgung der Rück- und Weiterverweisung eines ausländischen Rechts	859
III. Gütersplitting/Güterrechtsspaltung	860
C. Gerichtliche Verfahren	861
I. Internationale Zuständigkeit der Gerichte	862
II. Anzuwendendes Recht	862
1. Recht des Staates, dem beide Ehegatten bei der Eheschließung angehörten (Staatsangehörigkeit)	862
2. Gewöhnlicher gemeinsamer Aufenthalt	863
3. Engste Verbindung	863
D. Außergerichtliche Tätigkeit	863
I. Rechtswahl zur Zuständigkeit der Gerichte	863
II. Rechtswahl des Scheidungsstatuts	863
III. Rechtswahl im Güterrecht	864
E. Résumé	865

§ 9 Gegenstandswerte, Vergütung und Kosten im Familienvermögensrecht 867

A. Allgemeiner Teil	867
I. Einleitung	867

II. Gegenstands- und Verfahrenswerte in den Familiensachen des Familienvermögensrechts	867
1. Tätigkeit im gerichtlichen Verfahren	867
2. Außergerichtliche Tätigkeit	868
a) Entsprechende Anwendung des FamGKG	868
b) Entsprechende Anwendung bestimmter Vorschriften des GNotKG	868
c) Wertfestsetzung nach billigem Ermessen	868
d) Auffangwert	868
3. Bewertung von „Eheverträgen“	868
a) Vorsorgende Rechtspflege	868
b) Trennungs- und/oder Scheidungsfolgenvereinbarung aus Anlass der Trennung oder der Scheidung	869
4. Nebengüterrecht, gesetzliches und vertragliches Güterrecht, Verfügungsbeschränkungen etc.	869
a) Allgemeine Wertvorschriften	869
aa) § 33 FamGKG (Grundsatz)	870
bb) § 34 FamGKG (Zeitpunkt der Wertberechnung)	870
cc) § 35 FamGKG (Geldforderung)	871
dd) § 36 FamGKG (Genehmigung einer Erklärung oder deren Ersetzung) ..	871
ee) § 37 FamGKG (Früchte, Nutzungen, Zinsen und Kosten)	873
ff) § 38 FamGKG (Stufenantrag)	873
gg) § 39 FamGKG (Antrag- und Widerantrag, Hilfsanspruch, wechselseitige Rechtsmittel, Aufrechnung)	875
(1) Antrag und Widerantrag	876
(2) Haupt- und Hilfsantrag	876
(3) Wechselseitige Rechtsmittel	876
(4) Streitige Hilfsaufrechnung	876
hh) § 40 FamGKG (Rechtsmittelverfahren)	876
ii) § 41 FamGKG (Einstweilige Anordnungen)	877
jj) § 42 FamGKG (Auffangwert)	878
b) Besondere, im Familienvermögensrecht einschlägige Wertvorschriften ...	879
aa) § 44 FamGKG (Verbund)	879
bb) § 52 FamGKG (Güterrechtssachen)	879
5. Teilungsversteigerung	880
6. Insolvenzverfahren	881
7. Selbstständiges Beweisverfahren	881
8. Mahnverfahren	882
III. Vergütung im Familienvermögensrecht	882
1. Beratung	882
2. Außergerichtliche Tätigkeit des Anwalts	883
3. Gerichtliches Verfahren im Familienvermögensrecht (Güterrechtssachen nach § 261 Abs. 1 FamFG und Sonstige Familiensachen nach § 266 Abs. 1 FamFG) – (Erste Instanz – Beschwerde – Rechtsbeschwerde)	883
a) Erste Instanz	883
aa) Verfahrensgebühr	883
bb) Terminsgebühr	884
cc) Einigungsgebühr	885
dd) Zusatzgebühr für besonders umfangreiche Beweisaufnahmen	886
b) Beschwerdeverfahren	886

c) Rechtsbeschwerdeverfahren	886
d) Einstweilige Anordnungsverfahren	887
e) Arrestverfahren	887
4. Gerichtliches Verfahren im Familienvermögensrecht (Güterrechtssachen nach § 261 Abs. 2 FamFG und Sonstige Familiensachen nach § 266 Abs. 2 FamFG)	887
5. Gebühren in der Teilungsversteigerung	888
6. Gebühren im Insolvenzverfahren	889
7. Selbstständiges Beweisverfahren	889
8. Mahnverfahren	889
9. Auslagen	890
IV. Kosten im Familienvermögensrecht	890
1. Familienstreitsachen	890
a) Erstinstanzliche Verfahren	890
b) Beschwerdeverfahren	890
c) Verfahren auf Zulassung der Rechtsbeschwerde	890
d) Rechtsbeschwerde	890
e) Einstweilige Anordnung	890
f) Arrest	890
2. Familiensachen der freiwilligen Gerichtsbarkeit (§§ 261 Abs. 2, 266 Abs. 2 FamFG)	891
3. Mahnverfahren	891
4. Selbstständiges Beweisverfahren	891
5. Teilungsversteigerungsverfahren	891
6. Insolvenzverfahren	891
B. Besonderer Teil	892
I. Eheverträge und/oder Mitwirkung an der Gestaltung eines Vertrags über Trennungs- und Scheidungsfolgen im Familienvermögensrecht (§ 2)	892
1. Gegenstandswert	892
2. Anwaltliche Vergütung	892
II. Aufteilung von Finanzanlagen (§ 3 A.)	893
1. Gegenstandswert	893
2. Anwaltliche Vergütung	893
III. Gesamtschuldner- und -gläubigerausgleich (§ 3 B. und C.)	893
1. Gegenstandswert	893
2. Anwaltliche Vergütung	894
IV. Teilungsversteigerung (§ 3 E.)	894
1. Gegenstandswert	894
2. Anwaltliche Vergütung	894
V. Schenkungen/Zuwendungen unter Ehegatten (§ 3 H.)	894
1. Gegenstandswert	894
2. Anwaltliche Vergütung	895
VI. Darlehen/Bürgschaft (§ 3 I.)	895
1. Gegenstandswert	895
2. Anwaltliche Vergütung	895
VII. Schadensersatzansprüche und sonstige Ansprüche unter Ehegatten (§ 3 J. und K.)	896
1. Gegenstandswert	896
2. Anwaltliche Vergütung	896

VIII. Zugewinnausgleichsansprüche (§ 4 A.)	896
1. Gegenstandswert	896
2. Anwaltliche Vergütung	896
IX. Vorzeitiger Zugewinnausgleich	897
1. Gegenstandswert	897
2. Anwaltliche Vergütung	897
X. Insolvenzverfahren	897
1. Gegenstandswert	898
2. Anwaltliche Vergütung	898
XI. Besonderheiten bei der Bewilligung von Verfahrenskostenhilfe	898

§ 10 Familienvermögensrecht und Insolvenz 899

A. Einleitung	899
B. Insolvenzanträge von Privatpersonen	899
I. Insolvenzantrag	899
II. Natürliche Person	899
III. Durchführung von außergerichtlichen Verhandlungen nach § 305 Abs. 1 Nr. 1 InsO	900
IV. Schriftliche Insolvenzantragstellung	901
V. Weitere Rechtsänderungen zum 1.7.2014	902
VI. Eröffnungsverfahren	903
1. Insolvenzgründe generell	903
a) Zahlungsunfähigkeit	903
b) Drohende Zahlungsunfähigkeit nach § 18 InsO	903
c) Überschuldung	903
2. Sicherungsmaßnahmen im Eröffnungsverfahren	904
a) Vorläufige Postsperre	905
b) Einstellung der Zwangsvollstreckung bewegliches Vermögen	905
c) Einstellung Zwangsvollstreckung unbewegliches Vermögen	905
3. Kostendeckung	906
4. Eröffnung und weiterer Verfahrensablauf	907
VII. Durchsetzung von Forderungen im Insolvenzverfahren	907
1. Insolvenzgläubiger	907
2. Nachrangiger Insolvenzgläubiger	908
3. Anmeldefrist	908
4. Anmeldeadressat	908
5. Schriftformerfordernis	908
6. Anmeldefrist	909
VIII. Der Massebeschlagnahme	909
1. Definition der Insolvenzmasse	909
2. Definition Aussonderung(-recht)	910
3. Inhaber des Aussonderungsrechtes	910
4. Anspruchsgegner	911
5. Aussonderungsfähige Rechte	911
a) Eigentum	911
b) Besitz	912
c) Sonstige Rechte	912

d) Sicherungseigentum	912
aa) Darstellung	912
bb) Rechtliche Situation bei der Insolvenz des Sicherungsgebers	913
cc) Rechtliche Situation bei der Insolvenz des Sicherungsnehmers	913
e) Eigentumsvorbehalt	913
aa) Darstellung	913
bb) Einfacher Eigentumsvorbehalt	913
(1) Insolvenz des Verkäufers	913
(2) Insolvenz des Käufers	913
cc) Verlängerter Eigentumsvorbehalt	914
dd) Erweiterter Eigentumsvorbehalt	914
ee) Nachgeschalteter/weitergeleiteter Eigentumsvorbehalt	915
f) Direktversicherung	915
6. Durchführung der Aussonderung	915
7. Absonderung	916
a) Allgemein	916
b) Berechtigte Gläubiger	917
aa) Immobiliarpfandrechte	917
bb) Mobilarpfandrechte	917
c) Verwertungsrecht	918
d) Verwertungskostenbeitrag	918
IX. Problembereich Bürgschaft und Gesamtschuldnerschaft	919
X. Vertragsverhältnisse in der Insolvenz	920
1. Grundlegende Regelungen	920
2. Mietvertrag	921
3. Bankverträge	922
4. Verträge mit Rechtsanwälten, Steuerberatern oder Wirtschaftsprüfern	922
XI. Insolvenzanfechtung	923
1. Allgemeines	923
2. Zeittabelle	923
3. Kurzdarstellung der wichtigsten Anfechtungstatbestände in Übersichtsform ..	924
a) Anfechtung inkongruenter Deckungen, § 131 InsO	925
b) Anfechtung einer vorsätzlichen Benachteiligung	925

§ 11 Vermögensbezogenes Steuerrecht 929

A. Vorbemerkungen	929
B. Gesetzlicher Güterstand (Zugewinnsgemeinschaft, §§ 1363 ff. BGB)	929
I. Steuern als Posten in der Zugewinnbilanz	929
II. Bewertung von Vermögensgegenständen mit latenter Steuerlast	930
1. Bewertung von Unternehmen und Unternehmensbeteiligungen	931
2. Latente Ertragsteuerlast bei sonstigen Vermögensgegenständen	932
a) Private Kapitalerträge	932
b) Lebensversicherungen	932
c) Wertpapiere	933
d) Grundstücke im Privatvermögen	933
e) Begünstigte Arbeitnehmersparzulagen	933
III. Gestaltung des Zugewinnausgleichs unter Einbeziehung der Steuerfreiheit	933
1. Vorzeitiger Ausgleich des Zugewinns als Gefahr und Chance	933

2. Vermögenübertragung in Anrechnung auf eine zukünftige Ausgleichs-	934
forderung	
3. Aufhebung des gesetzlichen Güterstandes sowie „Güterstandsschaukel“	935
a) Aufhebung des gesetzlichen Güterstandes	935
b) „Güterstandsschaukel“	936
4. Übertragung von Vermögen auf Kinder	938
5. Auseinandersetzung durch Realteilung	939
a) Realteilung bei Erbauseinandersetzungen	939
b) Realteilung bei der Auseinandersetzung von Gütergemeinschaften	939
c) Realteilung bei der Auseinandersetzung von Zugewinngemeinschaften	939
IV. Erfüllung der Ausgleichsforderung aus dem Zugewinnausgleich	939
1. Steuerliche Relevanz der Ausgleichsforderung aus dem Zugewinnausgleich ..	939
2. Übertragung von Wirtschaftsgütern des Privatvermögens	940
a) Private Veräußerungsgeschäfte („Spekulationsteuer“; § 23 EStG)	941
b) Sonstiges	943
aa) Zu eigenen Wohnzwecken genutzte Immobilien	943
bb) Überlassung zur unentgeltlichen Nutzung	944
cc) Veräußerung von Betriebsvermögen	944
dd) Stundung nach § 1382 BGB	944
ee) Antrag nach § 1383 BGB	945
ff) „Vorausempfang“ (§ 1380 BGB)	945
gg) Übertragung mit „gestreckter Gegenleistung“	945
hh) Gestaltungen zur Überbrückung der 10-Jahresfrist	946
ii) Gestaltung durch dingliche Rechte	946
jj) Weitere Gestaltungsempfehlungen in der Literatur	946
3. Gewerblicher Grundstückshandel	947
4. AfA-Bemessungsgrundlage: Wert der übernommenen Wirtschaftsgüter	949
5. Grunderwerbsteuer bei Vermögensübertragung im Rahmen einer Scheidung ..	949
C. Vertragsgüterstände	951
I. Gütergemeinschaft (§§ 1415 ff. BGB)	951
II. Gütertrennung (§ 1414 BGB)	953
D. Problematik der zinslosen Stundung	954
I. „Aufteilungsrechtsprechung“ des BFH	955
II. Haftungsgefahren	955
III. Vermeidungsstrategien	956
E. Steuerpflichtige Vermögensverschiebungen zwischen Ehegatten	956
I. Steuerlich anerkannte Vermögenstransfers	957
II. Unbenannte Zuwendungen unter Ehegatten	958
III. Der Klassiker: Gemeinsame Konten von Eheleuten und Schenkungsteuer	959
F. Wohnungsförderung bei Ehegatten	961

§ 12 Verfahren in familienvermögensrechtlichen Streitigkeiten einschließlich der Gewaltschutzsachen

A. Familiensachen als Verfahrensart der ordentlichen Gerichtsbarkeit	963
I. Zweige der Gerichtsbarkeit	963
II. Die Gliederung der ordentlichen Gerichtsbarkeit	964
B. Güterrechts- und sonstige Familiensachen sowie Gewaltschutzsachen als Familiensachen.	964
I. Allgemeines	964

II. Die Einordnung eines Verfahrens als Familiensache – die Feststellung der Zuständigkeit der Familiengerichte	965
1. Die Grundlage der Entscheidung über die Verfahrenszuständigkeit der Familiengerichte	965
2. Sachverhalte mit Auslandsberührung	966
3. Antragshäufung	967
4. Anspruchsnormenkonkurrenz	967
5. Familiensachen kraft Sachzusammenhangs	968
a) Grundlagen	968
b) Familiensachen kraft materiellrechtlichen Sachzusammenhangs	969
aa) Auskunftsansprüche und andere vorbereitende Ansprüche	969
bb) Sekundäransprüche	969
cc) Vertragliche Ansprüche	969
dd) Vermögensrechtliche Ansprüche	969
c) Familiensachen kraft verfahrensrechtlichen Sachzusammenhangs	970
aa) Beratungshilfe und Verfahrenskostenhilfe	970
bb) Selbstständige Beweisverfahren	970
cc) Arrest und einstweilige Anordnungen	970
dd) Kostenfestsetzungsverfahren, Verfahren nach dem FamGKG und dem RVG	971
ee) Abänderungs- und Wiederaufnahmeverfahren	971
ff) Zwangsvollstreckungsrechtliche Verfahren	972
(1) Grundlagen	972
(2) Erteilung der Vollstreckungsklausel und Rechtsbehelfe im Klauselerteilungsverfahren	972
(a) Die Erteilung der Vollstreckungsklausel	972
(b) Rechtsbehelfe des Gläubigers	972
(aa) Sofortige Erinnerung entsprechend § 573 ZPO	972
(bb) Sofortige Beschwerde entsprechend § 567 ZPO	972
(cc) Klauselerteilungsantrag entsprechend § 731 ZPO	972
(dd) Beschwerde gemäß §§ 58 ff. FamFG in Verbindung mit § 54 Abs. 1 Alt. 1, Abs. 2 S. 1 BeurKG	973
(c) Rechtsbehelfe des Schuldners	973
(aa) Klauselerinnerung entsprechend § 732 ZPO	973
(bb) Klauselgegenantrag entsprechend § 768 ZPO	973
(3) Vollstreckungsabwehrantrag entsprechend § 767 ZPO	973
(4) Drittwiderspruchsantrag entsprechend § 771 ZPO	973
(5) Vollstreckungserinnerung entsprechend § 766 ZPO	974
III. Das Verhältnis der Familiensachen zu den bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten	974
C. Familienstreitsachen und privatrechtliche Streitsachen der freiwilligen Gerichtsbarkeit	975
I. Drei Kategorien der Familiensachen	975
1. Grundlagen	975
2. Die Zuordnung der Güterrechtssachen, sonstigen Familiensachen und Gewalt- schutzsachen	975
II. Familienstreitsachen	975
III. Privatrechtliche Streitigkeiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit	976
D. Das Verfahren in Familienstreitsachen	977
I. Verfahrensgrundsätze	977
1. Grundlagen	977

2. Die Verweisung auf die ZPO nach § 113 Abs. 1 S. 2 FamFG	978
a) Grundsatz	978
b) Die gemäß § 113 Abs. 1 S. 2 FamFG entsprechend anwendbaren Vorschriften der ZPO	980
aa) Sachliche und örtliche sowie internationale Zuständigkeit	980
bb) Ausschließung und Ablehnung von Gerichtspersonen	982
cc) Beteiligten- und Verfahrensfähigkeit	982
dd) Verfahrensgenossenschaft und die Beteiligung Dritter am Verfahren	982
ee) Verfahrensbevollmächtigte und Beistände	982
ff) Verfahrenskosten	982
gg) Verfahrenskostenhilfe	983
hh) Elektronische Aktenführung; Bekanntgabe eines Schriftstücks; Ladungen, Termine und Fristen; Wiedereinsetzung; Zustellung	983
ii) Verfahrensverbinding und -trennung sowie Unterbrechung und Aussetzung des Verfahrens	983
jj) Antragstellung und Antragsrücknahme	983
kk) Beibringungsgrundsatz	984
ll) Geltendmachung zukünftiger Ansprüche im Verbund	984
mm) Verfahrensverbinding	984
nn) Früher erster Termin, Schriftliches Vorverfahren, Fristsetzung zur Stellungnahme, Zurückweisung von Angriffs- und Verteidigungsmittel, Terminsbestimmung	984
oo) Anordnung des persönlichen Erscheinens und Anhörung der Beteiligten	984
pp) Verweisung vor den Güterichter	984
qq) Beweisaufnahme	985
rr) Entscheidungsgrundlage	985
ss) Entscheidung durch Beschluss; Erlass des Beschlusses durch Verkündung	985
tt) Wirksamkeit, Rechtskraft und Vollstreckung des Beschlusses	989
uu) Abhilfe bei Verletzung des Anspruchs auf rechtliches Gehör	990
vv) Berufung und Revision	990
3. Die Verweisung nach § 113 Abs. 2 FamFG	990
4. Keine Verlegung des Termins entsprechend § 227 Abs. 3 S. 1 ZPO	991
5. Terminologie	991
6. Vertretung durch Rechtsanwälte	991
a) Grundlagen	991
b) Verfahren vor dem Amtsgericht – Familiengericht – und dem Oberlandesgericht, § 114 Abs. 1 FamFG	994
c) Verfahren vor dem BGH	994
d) Ausnahmen vom Anwaltszwang gemäß § 114 Abs. 4 FamFG	995
e) Ausnahmen für Behörden, juristische Personen des öffentlichen Rechts und deren Zusammenschlüsse	996
7. Die Zurückweisung von Angriffs- und Verteidigungsmitteln gemäß § 115 FamFG	997
a) Grundlagen	997
b) Systematik der Regelung	997

c)	Die Voraussetzungen der Zurückweisung des Vorbringens der Beteiligten	998
aa)	Angriffs- und Verteidigungsmittel	998
bb)	Nicht rechtzeitiges (verspätetes) Vorbringen der Beteiligten	998
cc)	Verzögerung durch die Zulassung des Vorbringens	999
dd)	Grobe Nachlässigkeit	1000
d)	Die Entscheidung über die Zurückweisung	1000
8.	Rechtsmittel gegen Endentscheidungen in Familienstreitsachen	1001
a)	Grundsatz	1001
b)	Zulässigkeit der Beschwerde	1003
aa)	Wert des Beschwerdegegenstandes	1003
bb)	Beschwerdeberechtigung	1003
cc)	Einlegung der Beschwerde und Beschwerdefrist	1003
c)	Beschwerdebegründung, § 117 Abs. 1 FamFG	1006
aa)	Begründungsfrist, § 117 Abs. 1 S. 3 FamFG	1006
bb)	Inhalt der Beschwerdebegründung	1006
d)	Weitere gegenüber den Beschwerdevorschriften verfahrensrechtliche Besonderheiten	1007
aa)	Zulässigkeitsprüfung; Zurückweisungsbeschluss	1007
bb)	Keine Güteverhandlung	1008
cc)	Versäumnisbeschlüsse	1008
dd)	Rücknahme der Beschwerde	1009
ee)	Vorbereitender und entscheidender Einzelrichter	1009
ff)	Bindung an die Beschwerdeanträge	1009
gg)	Zurückverweisung	1009
hh)	Frist für Anschlussbeschwerde	1009
ii)	Hinweis bei Absehen von Verfahrensschritten	1010
jj)	Beschlussbegründung im Protokoll	1010
kk)	Wiedereinsetzung in den vorigen Stand	1011
II.	Besonderheiten des Verfahrens in Güterrechtssachen	1011
1.	Die Bestimmung der Güterrechtssachen nach § 261 Abs. 1 FamFG	1011
2.	Verfahren mit Beteiligung Dritter	1011
III.	Besonderheiten des Verfahrens in sonstigen Familiensachen	1012
1.	Die Bestimmung der sonstigen Familiensachen nach § 266 Abs. 1 FamFG – vorrangige Zuständigkeit gemäß § 266 Abs. 1 Hs. 2 bis 6 FamFG	1012
2.	Die unbestimmten Rechtsbegriffe des „Zusammenhangs“ und des „Herrührens“	1014
a)	Allgemeines	1014
b)	Der unbestimmte Rechtsbegriff des „Zusammenhangs“	1015
c)	Der unbestimmte Rechtsbegriff des „Herrührens“	1016
3.	Verfahren mit Beteiligung Dritter	1016
a)	§ 266 Abs. 1 Hs. 1 Nr. 1 FamFG	1016
b)	§ 266 Abs. 1 Hs. 1 Nr. 2 FamFG	1017
c)	§ 266 Abs. 1 Hs. 1 Nr. 3 FamFG	1018
d)	§ 266 Abs. 1 Hs. 1 Nr. 4, Nr. 5 FamFG	1018
E.	Das Verfahren in privatrechtlichen Streitsachen der freiwilligen Gerichtsbarkeit	1018
I.	Einordnung	1018
II.	Das Verfahren in privatrechtlichen Streitsachen der freiwilligen Gerichtsbarkeit und die geltenden Grundsätze und Vorschriften	1019

F. Erfasste Ansprüche und Rechte-Kasuistik	1019
I. Güterrechtssachen	1019
1. Familienstreitsachen nach § 261 Abs. 1 FamFG	1019
a) Gesetzlicher Güterstand	1019
b) Güterstand der Gütergemeinschaft	1020
c) Güterstand der Gütertrennung	1021
d) Vertragliche Ansprüche	1021
e) Verfahren mit Beteiligung Dritter	1022
2. Privatrechtliche Streitsachen der freiwilligen Gerichtsbarkeit nach § 261 Abs. 2 FamFG	1022
II. Sonstige Familiensachen	1023
1. Familienstreitsachen nach § 266 Abs. 1 BGB	1023
a) Verfahren nach Nr. 1	1023
b) Verfahren nach Nr. 2	1024
aa) Rechte und Ansprüche	1024
bb) Verfahrensarten	1025
(1) Der Antrag auf Herstellung des ehelichen Lebens	1025
(2) Der Antrag auf Feststellung des Rechts zum Getrenntleben	1025
(3) Leistungsanträge	1026
c) Verfahren nach Nr. 3	1026
d) Verfahren nach Nr. 4	1028
e) Verfahren nach Nr. 5	1029
2. Privatrechtliche Streitsachen der freiwilligen Gerichtsbarkeit nach § 266 Abs. 2 FamFG	1029
III. Gewaltschutzsachen	1029
Stichwortverzeichnis	1031